

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
 Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
 Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr  
 Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
 Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleiste:  
 Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.  
 Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

## Die Generalversammlung

Nachdem am Sonntag dem 12. Oktober im Festsaal der Liederhalle ein wohlgelungener Empfangabend stattgefunden hatte, versammelten die Teilnehmer sich am Montagvormittag im Stadtgartensaal, dem Tagungsort. Schon der Augenschein lehrte, daß diese Generalversammlung wesentlich anders war als ihre Vorgängerinnen. Der bei diesen beliebte Schmuck von Grün und Rot nebst Büsten und Inschriften mußte wegleiben, weil der Saal bis zum letzten Winkel ausgenutzt werden mußte. Es war also nicht Nachlässigkeit oder böser Wille beim Stuttgarter Ortsauschuß gewesen, daß nach dieser Richtung nichts geschah. Hingzu kam nun, daß Württemberg besonders schlimm vom Kohlenmangel betroffen wird. Die Folge war, daß der Saal nicht nur nicht geheizt, sondern an manchen Tagen auch nicht beleuchtet werden konnte, und wenn nun gerade noch trübes Wetter herrschte, so wurde die Sache dadurch nicht angenehmer.

Nachdem auf dem vorigen Verbandstage die Opposition zum erstenmal gesonderte Zusammenkünfte abgehalten hatte und geschlossen aufgetreten war, war es unumgänglich, daß nunmehr auch die Teilnehmer, die sich nicht zur Opposition rechneten, zu Sonderführungen zusammentraten, um sich über ein geschlossenes Vorgehen zu einigen. Dies drückte den Verhandlungen ein wesentlich anderes Gepräge auf als früher. Bedauerlich ist es, daß für die Vorverhandlungen (abgesehen von der Aussprache über den Kampf in Berlin) volle drei Tage nötig waren, so daß der Verbandstag erst am vierten Tage in die Tagesordnung eintreten konnte. Schon die Wahlprüfungen nahmen besonders viel Zeit in Anspruch. Da sind Entscheidungen gefallen, die wir bedauern müssen. Die Mandate der aus Dresden erschienenen Kollegen erklärte man für ungültig, dagegen die von Magdeburg für gültig, obgleich gegen diese dieselben Einwendungen erhoben wurden. In Dresden handelte es sich um Kollegen, die nicht auf der Seite der Opposition standen, in Magdeburg war es umgekehrt. Man kann nur wünschen, daß die „Rechtsgrundzüge“ dieser Verbandstagsmehrheit nicht allgemeine Geltung erlangen mögen.

In betreff des Berliner Kampfes stellte die Generalversammlung sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Berliner Kollegen vollauf berechtigt seien, Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen abzuwehren.

Der am dritten Verhandlungstage unternommene Ausflug ins Remstal verregnete gründlich. So mußte man einfach mit der Eisenbahn hinausfahren und gleich an die in Aussicht gestellte Probe des „Neuen“ gehen. Solche Versuche erfordern jedoch eine gewisse Vorsicht, besonders bei denen, die zum erstenmal einen solchen Versuch machen. Darüber scheinen einige Kollegen nicht genügend unterrichtet gewesen zu sein.

Erst am vierten Verhandlungstage konnte das Bureau gewählt werden und Kollege Reichel den Vorstandsbericht erstatten. In seinem Schlussworte teilte Kollege Reichel den Abschiedsbrief des Kollegen Schlicke mit. Kollege Schlicke und wohl auch sämtliche Verbandsmitglieder, die mit ihm in langjähriger mühevoller Tätigkeit den Verband aufgebaut haben, werden sich diesen Abschied früher anders vorgestellt haben. Immerhin konnten selbst seine schärfsten Gegner sich nicht ganz dem Eindruck entziehen, den dieser Abschiedsbrief machte. Kollege Schlicke schloß seinen Brief mit den Worten, daß er überzeugt sei, durch seinen Rücktritt die der Metallarbeiterschaft so notwendige Einigkeit erhalten zu können. Hoffen wir, daß dieses Opfer kein vergebliches gewesen ist. An den Vorstandsbericht schlossen sich die Verhandlungen über Arbeitsgemeinschaften und künftige Aufgaben unserer Organisation. Hier fanden die Gegensätze ihre schärfste grundsätzliche Ausprägung. Kollege Dismann hatte eine Resolution eingebracht, die in ihrem Hauptsatze besagte, daß „Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen“ seien. Das sind höchst zweideutige Ausdrücke, bei denen sich jeder etwas anderes vorstellen kann. Klarer drückte sich Kollege Richard Müller aus, indem er sich auf den Standpunkt stellte, daß durch die bisherigen Versuche, das Wirtschaftsleben nur erst einmal wieder in den Gang zu bringen, nur dem Kapitalismus wieder in den Sattel geholfen werde, und daß es dann unmöglich sein werde, ihn endgültig zu überwinden. Das ist ein Standpunkt, über den sich wenigstens reden läßt. Immerhin ist ihm entgegenzuhalten, daß die von einem Teil des Proletariats beliebte Taktik geeignet ist, auch die noch vorhandenen Reste des Wirtschaftslebens vollends zugrunde zu richten und dadurch der Reaktion die Wege zu ebnen, indem die Mehrheit des Volkes sich dann dem ersten besten in die Arme werfen und seine politischen und wirtschaftlichen Rechte gerne preisgeben wird, wenn

ihm nur die Möglichkeit in Aussicht gestellt wird, in absehbarer Zeit nicht mehr hungern zu müssen.

Der Abend des vierten Verhandlungstages brachte den Verbandsstagsteilnehmern ein schönes Konzert im Festsaal der Liederhalle. Leiter war Herr Rudolf Brenner. Es wirkten mit die Herren Reinhold Frick (Bariton), Herr Schauspieler Egmont Richter vom Württembergischen Landestheater und dessen vollständiges Orchester; außerdem der Stuttgarter und Cannstatter Damenchor (Leitung Frau Emma Brenner) und der Gesangsverein Vorwärts von Cannstatt. Sämtliche Leistungen nach Verdienst zu würdigen, ist uns hier leider nicht möglich. Es seien hier nur das Hegenlied von Wildenbruch mit der begleitenden Musik von Schillings und ferner Die Hundert-händigen von Weiser in der Vertonung von Elfäber hervorgehoben. Sämtliche Mitwirkende lösten ihre Aufgabe aus bester.

Am folgenden Tage ging's aufs neue an die Arbeit. Bei der Aussprache über den Vorstandsbericht wurde im großen und ganzen stark in Politik gemacht und mit Recht konnte Kollege Kummer in dem ihm als einem der Korreferenten zustehenden Schlusswort bemerken, daß Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes fast nur von ihm und seinen Freunden geübt worden sei, obwohl man ihnen nachsage, daß sie mit dem Vorstande durch dick und dünn gehen. Die Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, konnten die beiden Fraktionen natürlich nicht von ihrem Standpunkte abbringen. Da die Freunde des Kollegen Dismann „die Mehreren“ waren, so nahmen sie — was von vornherein feststand — auch seine Resolution an. Dieser hatte die Minderheit eine Erklärung entgegengesetzt, die unter voller Würdigung der gegenwärtigen Lage und der künftigen Aufgaben der Gewerkschaften die Arbeiterklasse einer Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage zu herabden. Es ist ja nun im weiteren Verlaufe des Verbandstages viel davon geredet worden, daß unser Verband durch die Annahme dieser Resolution der Mehrheit auf eine „neue revolutionäre Basis“ gestellt worden sei. Die Zukunft wird ja lehren, wie weit es die wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen werden, die neuen Pläne zu verwirklichen.

Der Verbandstag dehnte sich bis zum Mittwoch der folgenden Woche aus, nachdem auch am Sonntag noch eine lange Sitzung stattgefunden hatte. Erst am Montag dem 20. Oktober kam es zur Statutenberatung. Trotz des Zeitmangels begann die Sitzung eine Stunde später als sonst, da die Mehrheitsfraktion mit ihrer Sonderführung noch nicht fertig war, wie man sagte, weil sie sich über die Befragung der Vorstandsposten nicht einigen konnte. Wir können hier nur einiges aus den Verhandlungen hervorheben. Unsere Kollegen erinnern sich des Widerspruchs, dem bei einem Teil von ihnen die Akkordarbeit begegnet. Es lagen denn auch einige Anträge vor, die verlangten, daß der Verband für deren völlige Abschaffung eintreten solle. Bis zum Jahre 1901 stand auch im Verbandsstatut, daß der Verband für Beseitigung der Akkordarbeit eintreten solle. Dann beschloß der fünfte Verbandstag zu Nürnberg die möglichste Beschränkung der Akkordarbeit und schließlich setzte der dann folgende Verbandstag (Berlin 1903) ins Statut: Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge. Auf dem Stuttgarter Verbandstag hat der Paragraph über den Zweck des Verbandes eine zeitgemäße Fassung erhalten; die Wiedereinfügung eines allgemeinen Verbots der Akkordarbeit wurde jedoch abgelehnt.

Daß eine kräftige Beitragserhöhung erfolgen werde, hat ohne Zweifel jedes Verbandsmitglied erwartet. Schwer enttäuscht wird jedoch ein großer Teil der Mitglieder dadurch worden sein, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht ebenfalls erhöht worden ist. Statutenänderungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit. Dadurch hat die Fraktion der Minderheit zwar die Aufnahme von Bestimmungen verhindern können, die nach ihrer Überzeugung dem Verbands nachteilig sind, die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde jedoch mit 173 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Nur 11 Mitglieder der Mehrheit stimmten für die Erhöhung. Bei dieser Gelegenheit ist auch von Idealismus geredet worden. Nach Ansicht der betreffenden Redner sollte die Beitragserhöhung hauptsächlich der Streikunterstützung zugute kommen. Das ist denn auch geschehen, indem bei dieser der Verbandstag noch über die von der Statutenberatungskommission beantragten Sätze hinausging. Ohne Zweifel ist bei der Streikunterstützung eine beträchtliche Erhöhung nicht minder notwendig wie sie bei der Erwerbslosenunterstützung nach unserer Meinung hätte beschlossen werden müssen. Ob aber diese Art von Idealismus bei den Kollegen im Lande überall auf Gegenliebe stoßen wird, wagen wir zu bezweifeln.

Scharf plähten wiederum die Geister aufeinander bei der

Schriftleitung und Ausschuss. Bei dieser Gelegenheit und schon früher wurde von Vertretern der jetzigen Mehrheit betont, auf früheren Verbandstagen habe die Mehrheit der Opposition niemals Rechnung getragen und ein Redner verstieg sich sogar dazu, zu sagen, daß er von der jetzigen Minderheit Dank erwartet hätte, weil ihr im neuen Vorstand ganze drei Sitze eingeräumt werden sollten. Damit die Legendenbildung nicht noch weiterkriecht, sei hier bemerkt, daß auf früheren Verbandstagen der Vorstand zwar oft schärfstem Tadel ausgesetzt war und daß bei den Wahlen einzelne Abgeordnete es nicht über sich gewinnen konnten, einzelnen bisherigen Vorstandsmitgliedern wiederum ihre Stimme zu geben. Nur auf der neunten Generalversammlung (Hamburg 1909) erhielt der Kollege Brandes 42 Stimmen als Sekretär an Stelle des Kollegen Massatsch. Von einem planmäßigen Auftreten einer Opposition, die eine bestimmte Anzahl Sitze beanspruchte, konnte bisher jedoch keine Rede sein. Auch 1917 auf dem Kölner Verbandstag, als sich zum erstenmal eine solche Opposition geltend machte und Sonderführungen abhielt, war davon noch keine Rede. Sie hat nicht einmal den Versuch gemacht, Kandidaten ihrer Richtung durchzubringen, sondern gab nur weiße Zettel ab. Hätte die damalige Opposition die Forderung nach einer Vertretung im Vorstand erhoben, so hätte sich doch darüber reden lassen. Also ist die Behauptung, daß frühere Verbandstage die Opposition „einfach beiseite geschoben“ hätten, eine Unwahrheit.

Ferner gab es großen Lärm bei den Verhandlungen über Antrag 244 zu § 25, Absatz 5, wonach der dienstälteste von den drei Vorstehenden den Vorsitz im Vorstand führen sollte. Dieser Antrag fand keinen Widerspruch und galt daher als angenommen. Man war bei der Statutenberatung schon einige Absätze weiter, als plötzlich Kollege Dismann aufsprang und die Wiederaufnahme der Verhandlungen über § 25, Absatz 5, verlangte. Trotz des Widerspruches schwenkte seine Gefolgschaft gehörig ein und Kollege Dismann konnte auf diese Weise durchsehen, daß die Bestimmung gestrichen wurde. Ob die heutige Mehrheit sich für so siegesicher hält, daß sie glaubt, es könne niemals wieder ein Umschwung bei den Verbandsmitgliedern eintreten?

Wieviel Unzufriedenheit haben früher die Absätze 10 und 11 des § 38 erregt, wenn der Vorstand bei Arbeitsstellen vor ihnen Gebrauch zu machen gezwungen war! Mitglieder, die die Entwidlung unseres Verbandes nicht kennen, hielten die beiden Absätze für Auswüchse der „Gewerkschaftsbureaucratie“, gerade so, wie wenn sie lediglich zu dem Zweck ins Statut gesetzt worden seien, die Mitglieder um ihre Rechte zu prellen. Der vor dem Verbandstage erhobene Ruf nach „mehr Mitbestimmungsrecht“ galt nicht zum wenigsten diesem Paragraphen. Auch Kollege Dismann sagte im fünften Absatz seiner Resolution zum Vorstandsbericht: „Innerhalb des Metallarbeiterverbandes ist den Mitgliedern in weitgehendstem Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten.“ Man dürfte nun gespannt sein, wie die Mehrheit sich zu diesen beiden Absätzen stellen werde, um so mehr, da die Statutenberatungskommission noch die Verschärfung beantragt hatte, daß ein Antrag auf ArbeitsEinstellung auch dann abgelehnt werden müsse, wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen worden sind. Es zeigte sich jedoch, daß die Mehrheit sich überhaupt nicht dazu „stellte“, sondern die beiden Absätze samt ihrer Verschärfung ohne Widerrede schluderte. Ob in Zukunft alles so „in Butter“ bleiben wird, das wagen wir zu bezweifeln.

Soviel über das aus den Verhandlungen, was wir besonders hervorheben zu müssen glaubten. Bemerkten wollen wir nur noch, daß auffallend viele Anträge durch Überweisung an den Vorstand erledigt wurden. Die Mehrheit hatte also sehr großes Vertrauen zu den neuen Männern im Vorstand. Ferner ist auf dem Verbandstag viel über Demokratie geredet worden. Eine der demokratischsten Forderungen, die nach der Verhältniswahl innerhalb des Verbandes, wurde jedoch mit der Bemerkung abgetan, daß man früher auch nicht an eine solche gedacht habe. Früher bestand auch kein Bedürfnis danach, weil es früher auch noch keine ausgesprochenen zwei Richtungen im Verbands gab.

Jetzt hat also die Opposition von früher im Deutschen Metallarbeiter-Verband gesiegt und die frühere Mehrheit bildet jetzt die „Neue Opposition“, die im Kollegen August Haas aus Köln einen umsichtigen, gewandten und tatkräftigen Führer fand. Hoffen wir, daß der noch fortdauernde Meinungsstreit stets mit lauterem Waffen ausgefochten werde! Dann wird er auch nicht dem Verbands zum Schaden gereichen. Zahlreicher und wichtiger denn je sind seine Aufgaben. Sie zu erfüllen, muß jedes Mitglied mithelfen, einerlei, wie es über die eine oder die andere Frage denkt.

# Bericht über die 14. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

(Fortsetzung statt Schluß.)

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag den 18. Oktober 1918.

Zu Beginn der Sitzung werden zunächst die Beschlüsse der Mandatsprüfungskommission erledigt. Ein Berliner Delegierter, gegen den wegen persönlicher Dinge ein Protest eingelaufen ist, hat sein Mandat niedergelegt und ist durch einen Delegierten mit der demnächst höheren Stimmenzahl ersetzt worden. Der mit Rücksicht auf die von der Versammlungsmehrheit eingeschlagene Praxis im Berliner Fall erhobene Einspruch gegen die Mandate der Magdeburger Delegierten Brandes und Springer wird auf Antrag Malzahn (Berlin) durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Hierauf wird zur Wahlenwahl geschritten. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten werden auf Grund der Vereinbarung der Fraktionen gewählt: Reichel (Stuttgart), Brandes (Magdeburg), Richard Müller (Berlin).

Von den acht Schriftführern werden auf eine Fraktionsvereinbarung von der Mehrheit fünf, nämlich: Radloff, Brenzel, Müller, Frau Wenzel und Brämmer, von der Minderheit drei, und zwar: Jung (Zittau), Schwarz (Mugsburg), Seider (Gleiwitz) gewählt.

Die Beschwerde-, Rechnungs- und Wahlkommission werden mit je sieben Mitgliedern besetzt, von denen je vier auf die Mehrheit, je drei auf die Minderheitsfraktion entfallen. Ihre Zusammensetzung ist folgende:

In der Beschwerdekommision gehören an der Mehrheit: Schulze (Solingen), Schweig (Frankfurt), Günther (Berlin) und Schäfer (Leipzig); der Minderheit: Luch (Koblenz), Gruner (Chemnitz), Dreger (Wübbel).

In der Rechnungs-Kommision der Mehrheit: Leufen (Münster), Künstler (Berlin), Frank (Stettin), Schilling (Leipzig); der Minderheit: Wernthaler (Mugsburg), Sonntag (Stettin) und Asteroth (Kassel).

In der Wahlkommission sitzen von der Mehrheit: Ernst (Hagen), Malzahn (Berlin), Hennig (Merseburg) und Ziegler (Stuttgart); von der Minderheit: Thomas (Mainz), Schulz (Breslau) und Briefert (Mathemont).

Die Tagesordnung wird wie folgt festgestellt:

1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen.
2. Berichte des Vorstandes und Ausschusses, Beratung der hierzu und zum Verbandsorgan gestellten Anträge:
  - a) Allgemeine Tätigkeit.
  - b) Arbeitsgemeinschaften und die künftigen Aufgaben der Organisation.
3. Beratung des Verbandsstatuts.
4. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Richard Müller als Korreferenten zugelassen, wird einstimmig angenommen. Nach längerer Debatte wird ferner beschlossen, daß zum ersten Teil des Berichtes des Vorstandes jede Fraktion einen Korreferenten zugebilligt bekommt.

Zum Bericht des Vorstandes erhält dann das Wort Reichel: Der diesmalige Bericht umfaßt die Zeit größter weltgeschichtlicher Ereignisse, die gekennzeichnet sind durch den Krieg, durch die Revolution und den fast totalen Zusammenbruch des alten kapitalistischen Wirtschaftssystems. Zum Teil haben wir dazu bereits in Berlin und Köln Stellung genommen und die Kölner Generalversammlung hat durch die Annahme der Resolution durch den Vorstand Richtlinien gegeben, nach denen er gehandelt hat. Dem Vorstand kann deshalb nicht eigenmächtiges Handeln vorgeworfen werden. Die diesmalige Generalversammlung unseres Verbandes bezeugt dem größten Interesse nicht nur unserer Mitglieder, sondern der gesamten Öffentlichkeit. Die Beschlüsse, die sie fassen wird, werden von außerordentlicher Bedeutung sein, nicht nur für die Zusammenarbeit in unserer Organisation, sondern für unser ganzes öffentliches Leben, für unsere Volkswirtschaft. Der Krieg hat die alte Kapitalherrschaft ausgehöhlt und unterminiert. Wiederanstehen könnte der alte Kapitalismus nur, wenn die Arbeiter in unendigen Bruderkämpfen ihre Kräfte zersplittern. Der Arbeiter wendet sich demgegenüber dem Vorwurf, daß der Hauptvorwand durch seine Taktik zur Verlagerung des Krieges beigetragen habe. Raum 16 v. H. der Arbeiter in der Kriegswirtschaft für das Metallgewerbe gehören im Krieg dem Verbande an und es gelang nicht einmal, die Mitglieder zur Beweigerung der Einzahlung der zahllosen Überarbeit zu gewinnen. Dementsprechend gering war auch der Einfluß des Vorstandes auf die öffentlichen Gewalten. Auch viele der Kollegen, die jetzt sehr radikal sind, haben es damals an der nötigen Aktivität fehlen lassen, dazu kam die Spaltung in der Partei, die unsere Aktionen außerordentlich gelähmt hat. Sollte diese Spaltung sich etwa auch noch auf die Gewerkschaften erstrecken, so wäre es schlimm mit der Durchführung des wirtschaftlichen Sozialismus für die Zukunft bestellt. Die Annahme, die der Verband inzwischen gewonnen hat, beweist die Wichtigkeit der Politik des Vorstandes. Vor allem müssen wir die Einheit der Organisation aufrecht erhalten. Der Verbandstag muß Richtlinien festlegen müssen für das Verhalten gegenüber den abgeklärten Organisationen. Die Zahl der Lohnbewegungen während der Kriegszeit war sehr groß. Im Jahre 1917 waren ebensolche Metallarbeiter an Lohnbewegungen beteiligt, wie die jetzige Mitgliederzahl des Verbandes beträgt. Diese hätte sich am 1. September dieses Jahres auf rund 1.400.000, darunter 200.000 weibliche (Frauen) belaufen. Seitdem ist eine rückwärtige Bewegung im Gange. Daher werden wir die Anstrengungen in der Zukunft verdoppeln müssen. Mit aller Entschiedenheit muß ich den Vorwurf zurückweisen, daß wir durch die Arbeitsgemeinschaften des Kapitalismus wieder aufrichten wollten. Der Kapitalismus wird nie wieder dadurch gestiftet, wenn die Arbeiter in der heutigen Zeit unerfüllbare Forderungen aufstellen und damit die Grundlagern der Volkswirtschaft zerschüttern. Der Vorstand ist ganz bereit, mit Ihnen in allen Fragen der Neugestaltung des wirtschaftlichen Lebens in sozialem Sinne Hand in Hand zu gehen. Wenn aber nicht hysterisch, sondern willkürlich einzelne Betriebe sozialisiert werden, so könnte das dazu führen, daß die Betriebsräte selbst zu Sozialisten genötigt werden. (Sehr richtig.) Zugabe: Ich, daß Betriebsräte nachliegen auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Erziehungsweises, denn was die Betriebsräte angeht.

Wir müssen den Blick noch vorwärts richten, um die großen Aufgaben zu lösen, die die Zukunft uns stellt. Dabei ist es notwendig, daß wir die Geschlossenheit unserer Organisation erhalten und bei der Handhabung unserer Taktik unter uns die Harmonie unseres Kampfes auf eine höhere Stufe stellen, als das verschiedentlich zu beobachten gewesen ist. Vor allem muß mit dem Equus gewonnen werden, daß Kollegen, die gewerkschaftlich ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben, entlassen werden wegen ihrer politischen Gesinnung. Für die Befreiung der Arbeiter in der Organisation muß die persönliche Loyalität und Engung des Gewerkschaftsmitglieds maßgebend sein. Wir haben keine Überflüssigen an Stellen in der Organisation und es ist schon deshalb gekommen, daß Kollegen zu Geschäftsführern bestellt wurden, die erst wenige Wochen oder Monate dem Verband angehörten. Der Rat des Betriebsratswesens muß nach anderen Grundfragen erfolgen als unter dem alten System. Der Arbeitsrat, der im kapitalistischen System üblich war, kann nicht beibehalten werden, aber auch wir brauchen einen Arbeitsrat, wenn wir wieder zum Vorschein kommen wollen. An Stelle des kapitalistischen Zwanges zur Arbeit muß die freiwillige Eingliederung in die Gewerkschaft der Arbeiter treten und das persönliche Interesse jedes einzelnen Arbeiters soll eingeseht werden, um diese Eingliederung zu erreichen. Im Gegensatz zu der kommunistischen Auffassung von Müller

(Bremen) stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine Steigerung der Produktion notwendig ist. Wir wollen diese Steigerung der Leistung aber nicht für kapitalistische Interessen einsetzen, sondern sie für die Arbeiter und die Gesamtheit der Staatsbürger nutzbar machen. Unser Volk steht nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch vor der schwierigen Aufgabe, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen. Wir müssen aber mit einem Übergangsstadium rechnen und darauf unsere Taktik einstellen. Diese Entwicklung kann sich nicht ebenso wie die politische Revolution in elementaren Ausbrüchen vollziehen, sondern die wirtschaftliche Revolution, die noch nicht beendet ist, kann nur ein organischer Prozeß sein, wenn nicht die an sich sehr schwachen Grundlagen der gesamten Wirtschaft völlig zertrümmert werden sollen. Ein dringendes Ergebnis dieser Übergangswirtschaft ist die Hebung des Arbeitswillens in unserem Volke. Durch die Steuererhebung, durch Sozialismus und weitgehende Mitwirkung der Arbeiter an den Betriebsverhältnissen muß dafür gesorgt werden, daß dieser gesteigerte Arbeitswille nicht wie früher der kapitalistischen Profitwirtschaft und der Bildung großer Privatvermögen dient. Je wirtschaftlicher wir die Arbeit gestalten, um so leichter wird die Durchführung wirksamer Sozialisierung.

Der Vorstand hält es für notwendig, die Bildungsmittel unseres Verbandes auszugleichen, die Wertblätter wieder herauszugeben und eine technische Zeitschrift entweder selbst oder in Verbindung mit einem sozial gerichteten Institut zu schaffen. Auf die Anträge will ich jetzt nicht eingehen, aber ich warne dringend davor, daß unsere Verbandsinstanzen von den Verwaltungstellen bis zur höchsten Spitze einseitig zusammengesetzt werden. Das würde eine große Schwächung der Organisation bedeuten. Ich warne auch dringend davor, daß man, wie es in einzelnen Orten vorgekommen ist, zu Arbeitsniederlegungen schreitet, um damit einzelne Arbeiter in die Organisation hineinzuzwingen. Ich habe schon in meiner Schlußansprache auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß darauf hingewiesen, wie gewaltig wir wirken können, wenn wir in die Wirtschaft einströmen und aufrecht erhalten wollen, dann müssen wir auch auf das Ausland einwirken und wir brauchen dazu die Unterstützung unserer ausländischen Genossen. Wenn wir die sozialistische Gemeinwirtschaft an die Stelle der alten kapitalistischen Vertriebsart setzen wollen, so kann dieses große Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden. Das ist ein großer, unendlich schwieriger und langwieriger Umstellungsprözeß, in dem wir Schritt für Schritt vorwärts gehen müssen. Darum sollten wir an unserer alten gewerkschaftlichen Taktik festhalten. Wir müssen Arbeitsentlohnungen möglichst vermeiden, aber alles tun, um die außerordentlich gesteigerten Lebenskosten auszugleichen. Lohnkürzungen können wir uns noch nicht gefallen lassen und in vielen Verwaltungstellen werden wir noch um wesentliche Lohnaufbesserungen kämpfen müssen. Dabei müssen wir die Schlichtungsanstalten reiflos ausnutzen. Die Unternehmer müssen sehen, daß ihnen in diesen Fragen eine enge und geschlossene Arbeiterfront gegenübersteht. Wenn wir in der Organisation unsere Streitigkeiten in verständiger Weise austragen, dann leisten wir einen großen Dienst nicht nur unserer Organisation, sondern dem gesamten deutschen Volk und unseren Arbeitsbrüdern im Ausland, mit denen wir recht bald wieder die alte Fühlung aufnehmen möchten. Wenn wir in diesem Geist unsere Beratungen führen, dann werden wir das Wert unserer Arbeit zu guter Boleudung bringen. (Sehr Beifall.)

Inzwischen hat die zur Frage des Berliner Lohnkampfes eingesetzte Kommission folgende Entschlüsse angearbeitet, die von Sidert (Hamburg) zur Annahme empfohlen wird:

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes spricht allen zurzeit im Kampfe stehenden Kollegen ihre Sympathie aus und verichert ihrerseits alles zu tun, um diese Kämpfe zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die Generalversammlung erblickt in den der Arbeiterschaft ausgeprägten Kämpfen den planmäßigen Versuch, die Arbeiterschaft zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten zu machen und die Organisation der Arbeiter zu zerstören. Diese Absichten zu verhindern ist die Generalversammlung fest entschlossen.

Die Generalversammlung erhebt auch den schärfsten Protest gegen alle von Organen der Regierung oder sonstigen Behörden erlassenen Maßnahmen, die geeignet sind, die gesetzlich gewährleisteten Rechte und Freiheiten des Volkes zu beschränken und den Absichten der Unternehmer gegen die Arbeiter Vorschub zu leisten. Insbesondere verurteilt die Generalversammlung das Verbot und die gewaltsame Sprengung von Berliner Gewerkschaftsversammlungen, sowie die Verhinderung der Herausgabe der Publikationsorgane der Berliner Metallarbeiter.

Als nächste Maßnahme wird die Generalversammlung unter entsprechender Erhöhung der Beiträge die Streikunterstützung erneut festsetzen. Des weiteren wird die Generalversammlung alles versuchen, der geschlossenen Front der Unternehmer die geschlossene Front der Metallarbeiter gegenüberzustellen und richtet deshalb an alle Metallarbeiter das Ersuchen, sich reiflos dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Die Generalversammlung fordert alle im Kampfe stehenden Kollegen an, geschlossenen aufzutreten, bis alle reaktionären Pläne der Unternehmer abgeklungen sind.

Müller (Bremen) erklärt, daß er trotz seiner Bedenken gegen einige Punkte mit seinen Freunden der Resolution im Interesse der Einigkeit zustimmen werde. Nachdem auch Borhöfzer (Stuttgart) für die Resolution eingetreten ist, wird diese einstimmig angenommen.

Diese einstimmige Aunabgebung wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Hierauf wird die Diätenfrage geregelt. Die Generalversammlung setzt die Diäten der Delegierten auf 40 M und das Kilometergeld auf 24 g fest.

In der Nachmittagsitzung ergänzt zunächst Weisig kurz den schriftlichen Bericht des Ausschusses. Den Antrag der Angeestellten des Hauptbüros auf Vertretung auf der Generalversammlung habe der Ausschuss auf Grund früherer Generalversammlungsbeschlüsse ablehnen müssen, habe den Angeestellten aber zugesagt, daß ein Vertreter von ihnen zu den Verhandlungen der Rechnungs-Kommision des Verbandstages über die Arbeitsbedingungen der Angeestellten hinzugezogen werden solle. Weisig beantragt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Dann erhebt als Korreferent der hiesigen Fraktion das Wort Ditzmann (Frankfurt): Reichel hat mit Recht betont, daß die Bedeutung dieses Kongresses weit über den Rahmen der Metallarbeiterzeitung hinaus über den Rahmen Deutschlands hinausreicht. Davon haben wir uns bei unseren Vorträgen und Entschlüssen leiten lassen. Bei der nächsten gewerkschaftlichen Tagesarbeit dürfen wir nie aus dem Auge lassen, daß es letzten Endes die Befreiung des Proletariats aus dem Knechtschaftsband des Kapitalismus, die Herbeiführung des sozialistischen Gemeinwesens gilt. Wir stehen heute mitten in diesem Umwälzungsprozesse und wir müssen die Tätigkeit des Verbandes auf dies entscheidende Ringen einstellen. Selbstverständlich haben wir darüber auch häufig die spezifische Gewerkschaftsarbeit mit aller Zähigkeit zu führen, aber damit darf uns unsere Aufgabe nicht erschöpfen. Die Vorkonturen des Weltkampfes sind heute an der Arbeit, an den Fronten der Weltrevolution zu befestigen. Es handelt sich heute darum, daß wir nicht um die letzten Früchte der Revolution betrogen werden. Gewiß hat der Vorwand in Köln seine Richtlinien bekommen, aber er darf daraus keine Freiheit herleiten für seine Handlungen bis zu dieser Stunde, er mag aus dem Zeitverhältnissen, aus der veränderten Stimmung in den Kollegienfragen lernen. Von Standpunkt der Vaterlandsliebe zu befragen, es hat man im Range der proletarischen Klassenkampf zurückgestellt und ist durch die und Ditzmann mit der Regierung gegangen. Die Arbeiterbewegung hat heute im Rahmen der Koalitionsregierung. Die Arbeiterbewegung ist das Symbol unserer Zeit. So das revolutionäre Proletariat anbezieht, kann man auch heute noch andere Anwege als die direkte Gewalt der Massenbewegung. Demgegenüber hat die Opposition an dem Kampfe festgehalten: Sie hat den Krieg, die Lösung des Kampfes. Sie hielt

treu zur Fahne des revolutionären internationalen Sozialismus. Die Kriegspolitik war keine Parteipolitik, sondern ihr wurde der Stempel aufgedrückt durch die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände. Ich möchte bezweifeln, daß der Verbandsvorstand ein aktivere Haltung im Sinne des revolutionären Handelns eingenommen hätte, wenn uns größere Massen während des Krieges zugeströmt wären. In logischer Fortleitung des einmal eingeschlagenen verfehlten Weges mußte dann eine falsche Handlung der anderen folgen. Unsere Mahnung in Köln blieb ohne Erfolg. Mit Beschränkung müssen wir an Stockholm zurückdenken und die Männer, die wie Dr. David damals den internationalen Gewerkschaften gegenüber die deutsche Regierung von jeder Schuld an dem Verbrechen des Weltkrieges reinwaschen wollten, werden heute kaum ihre damaligen Taten aufrecht erhalten können. Die Gewaltpolitik von Breit-Litovsk und Putkatz hat die Unterstützung der Gewerkschaftsführer gefunden. Wer eine solche Politik verteidigte, der darf sich jetzt nicht über den Gewaltfrieden beschweren, den die Entente uns in Versailles aufzuerlegt hat. Jetzt kommt man mit Enthüllungen und jeder gibt dem anderen die Schuld an der Kriegsverlängerung. Keiner will es eingestehen, aber die Erkenntnis kommt leider viel zu spät. Man hätte schon während des Krieges den Verbrechern in den Arm fallen und dieser verbrecherischen Regierung die Gefolgschaft verweigern sollen. Unser Vorstand hat zwar den Eintritt in den Bund für Freiheit und Vaterland nicht gebilligt, aber im übrigen blieb er der Gesamtpolitik der Generalkommission treu. Wenn man nicht während des Krieges und noch nach der Revolution in den Arbeitsgemeinschaften die kirchlich-bürokratischen und christlichen Gewerksvereine als gleichberechtigt anerkannt hätte, dann wären diese Gebilde vielleicht schon von der Bildung verschwunden oder wenigstens in ihrem Einfluß gewaltig beschränkt. Während man aber mit diesen Leuten zusammenarbeitete, hat man den Teil des Proletariats von sich abgetrennt, der den revolutionären Kampf nachträglich führen wollte. Wenn man diesen Kampf schon nicht mitmachen wollte, so hätte man wenigstens dafür Verständnis aufbringen müssen. Hier ist eine Broschüre: „Arbeiterführer als Verräter, Dokument aus der Kriegszeit, herausgegeben aus dem Alben der Kriegsmatrosen in Leipzig.“ (Was: S. Windel!) Kollege Haas, verurteilt doch den Nachweis, daß diese Dokumente in ihrem Wortlaut Schwindel sind; vorerst haben wir keine Ursache, unseren Leipziger Kollegen zu mißtrauen. Die Verfassungslosigkeit des Vorstandes für den Kampf der revolutionären Arbeiter zeigte sich noch in dem Aufruf, den der Vorstand im März 1918 herausgegeben hat und in dem er in schärfster Weise gegen den revolutionären Teil des Proletariats Stellung nimmt, der dem Kriegsverbrechen ein Ende machen wollte. Während des Krieges lagte man uns, unsere Politik würde zum Zusammenbruch führen. Heute können wir fragen: Haben wir denn jetzt nicht den schlimmsten Zusammenbruch? Konnte es schlimmer kommen, wenn schon im ersten oder zweiten Kriegsjahre die revolutionäre Kraft des Proletariats den Kriegsverbrechern in den Arm gefallen wäre? Dann hätten wir noch Millionen Volksgenossen als Gesunde am Leben, wir hätten nicht die furchtbare Vernichtung des Wirtschaftslebens, die auch heute die Begründung dafür geben muß, mit der Sozialisierung noch ein Weichen zu warten. Es ist schmachvoll, daß die bekannte chauvinistische und nationalistische „Lafayette-Broschüre“ von Organen des Metallarbeiter-Verbandes auf Veranlassung des Generalkommandos des VII. Armeekorps verbreitet worden ist. Diese Verbreitung wurde in einer gemeinsamen Sitzung unserer Bezirksleitung mit dem Vertreter des Generalkommandos beschlossen und Spiegel suchte noch durch ein besonderes Zirkular zu ermitteln, wer diese schmachvolle Handlung der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Der 9. November hat die Richtigkeit unserer Auffassung in unserm revolutionären Kampf während des Krieges unterstrichen. Wenn Schilde in seiner Begrüßungsansprache sagte, die als Opfer des Krieges gefallenen Verbandskollegen seien für ihre Überzeugung gefallen, so muß ich das bestreiten. Die meisten fielen nicht für ihre Überzeugung, sondern sie hatten schon erkannt, daß sie nur geopfert wurden im Interesse der bestehenden Klasse. Unmittelbar nach dem Kölner Verbandstag sind viele unserer besten Streiter in der Opposition erneut auf die Schlagbank hinausgeschleppt worden. Ich erinnere nur an unsere Kollegen Dittmann, der draußen so zugerichtet wurde, daß er als fiescher Mann zurückkehrte und von uns schied. Augenblicklich spielt man die Komödie, die wirklichen Kriegsschuldigen zu suchen. Alle jene Kreise, die sich um die Krone scharten und die Herrschaft in der Hand hatten, haben das Verbrechen auf sich geladen, und mitschuldig sind die Kreise, Gruppen und Parteien, die jene Verbrecher bis zum November 1918 unterstützen haben. (Lebhafter minutenlanges Beifall und Gänkelachen bei der Mehrheit.) Auf der Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskonferenz gab Sassenbach in seiner Erklärung das freimütige Bekenntnis ab, daß wir belogen und betrogen worden sind und die Kampfespolitik nicht mitgemacht hätten, wenn wir die wahren Ursachen des Krieges gekannt hätten. Aber diese bessere Erkenntnis dauerte nicht lange und die übrigen Delegierten des Deutschen Gewerkschaftsbundes, darunter auch unser Kollege Reichel, gaben eine Erklärung ab, in der sie ihren alten Standpunkt von der Unschuld der deutschen Regierung wiederholten. Auf das Vertrauensvotum in Nürnberg sollte sich doch die Generalkommission nicht beziehen. Die Mehrheit der Metallarbeiter-Delegierten hat sich dort diesem Vertrauensvotum nicht angeschlossen.

Im Jahresbericht des Vorstandes wird bei einer Betrachtung über die Revolution das demokratische Prinzip als das richtige bezeichnet. Darüber bestehen doch erhebliche Zweifel in weiten Arbeiterkreisen. Die Zustände in der Nationalversammlung und ihr Verfall in sozialistischen Fragen haben unsern Zweifel daran noch bekräftigt. Als nach den Novembertagen die bisherige Schreckensherrschaft bebaut am Boden lag und das Proletariat in den A- und S-Mäten die politische Macht ergriffen hatte, da wurde der große geschichtliche Fehler gemacht, daß das Proletariat seine Macht nicht festhielt, um in den Mäten die ganze Macht des Proletariats zu verkörnern, um durch eigene Macht, durch die Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus zu kommen. Diesen großen Kampf werden wir in schweren und vielleicht sehr langen Kämpfen wieder gutmachen müssen. Die Säulen der bisherigen Klassenherrschaft, der Militarismus und die Bürokratie, sind erhalten geblieben. Der Militarismus in Form der Asegarde wird eingesetzt, um das Proletariat niederzuschlagen, wenn es gegen den Kapitalismus aufbegehrt. Das Aufbäumen, das wir jetzt überall im ganzen Reiche sehen, entspricht nur dem brennenden Verlangen nach Sozialismus, nach Befreiung vom kapitalistischen Joch. Wenn dabei auch hier und da Erscheinungen auftreten, die wir nicht billigen, so steht doch fest, daß das Eingreifen mit den Gewaltmitteln des neuen Militarismus sich gegen den Sozialismus überhaupt richtet. Selbst in rein gewerkschaftlichen Kämpfen, wie wir sie jetzt in Berlin haben, greift die Regierung mit solchen Maßnahmen ein. Von der Freiheit, die Schilde in seiner Begrüßungsansprache hervorgehoben, merkt man recht wenig. Wir sehen viel Irrtum, aber von Freiheit kann keine Rede sein. Die Reaktion triumphiert mit jedem Tage mehr. Nicht nur das Berliner Unternehmertum tritt frech und brutal auf, auch in Frankfurt wurde in einer freudigen Sitzung, die die Unternehmer gemeinsam mit den Vertretern der Militärbehörden abhielten, die Parole ausgegeben, daß der Lohn um mindestens 45 v. H. reduziert werden müsse und daß Reichswehr kommen müßte, um die Arbeiter niederzuschlagen, wenn sie sich dagegen wehren. Wenn wir kurz vor dem Jahresgeburtstag der Revolution fragen, was für die Fortentwicklung des Sozialismus geschehen ist, so müssen wir sagen: kein Dents! Der Weltkrieg hat mit dem darauf folgenden Zusammenbruch offenbar, daß der Kapitalismus seine entscheidende Katastrophe erlebte. Es ist falsch, zu sagen, erst Aufbau und dann prüfen, ob wir zum Sozialismus übergehen können. Die wirtschaftliche und ökonomische Entwicklung Deutschlands ist reif für den Sozialismus. (Widerpruch, Zuruf: Kautsky!) Wir denken in der großen Mehrheit unserer Partei gar nicht daran, der Auffassung Kautskys in allen Einzelheiten zu folgen. Der entscheidende Faktor ist der: wenn wir nach eurem Vorschlag erst an die Sozialisierung herangehen sollten, wenn alles geordnet ist und wenn der erschütterte Kapitalismus erst wieder fest im Sattel sitzt, dann wird der Kapitalismus nicht im Traume daran denken, uns auch nur ein Fuß breit Boden abzutreten. Das zeigt sich doch jetzt bei den erbitterten Kämpfen in Berlin und ganz

Deutschland. Wenn der Kapitalismus wirtschaftlich herrscht, wird er auch politisch herrschen. Das sehen wir als den großen Fehler unserer Auffassung im Sozialisierungsprozess an. Wir müssen auch mit der Frage des Kapitalismus rechnen, die das ganze Geistesleben der letzten Jahre mit Recht dem Kapitalismus zuschreibt. Wenn der Kapitalismus erst wieder wirtschaftlich gesiegt ist, dann wird es nicht so leicht möglich sein, den Sozialismus einzuführen, als jetzt, wo der Kapitalismus betäubt am Boden liegt und die Masse sich mit Recht belogen und betrogen fühlt. Wir können aus dem heutigen Schlamassel gar nicht herauskommen ohne Sozialismus. Wenn ihr fordert, das wir arbeiten müssen, dann gebt der Arbeit der breiten Masse den großen moralischen Zug, den sie haben muß und der liegt darin, daß die große Masse weiß, wofür sie arbeiten, leben, streben und kämpfen soll. Für das Mätesystem hat der Vorstand in seinem Bericht nur verflucht oder offenen Hohn. Für ihn bedeutet das Mätesystem letzten Endes nichts anderes als die Arbeitsgemeinschaft. (Hört, hört! und Lachen.) Von Rußland weiß der Vorstand nur zu sagen: „Unheilvoll wirken vor allem die russischen Zustände auf Deutschlands innere Politik.“ Wieso? Sie hätten auch im allergünstigsten Sinne auf Deutschlands innere Politik einwirken können, wenn das Proletariat Deutschlands mit einer sozialistischen Regierung es verstanden hätte, dem russischen Proletariat die Bruderschaft zu reichen. (Stürmischer Beifall.) Der Hauptvorstand hat offenbar kein Verständnis für den heroischen Kampf des russischen Proletariats, das sich jetzt jahrelang hält unter dem Ansturm der kapitalistischen Meute der ganzen Welt. Wenn es gelungen wäre, das deutsche revolutionäre Proletariat mit dem russischen und ungarischen zu einheitlichen Handeln zu bringen, dann wären wir heute weiter. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß kann die Weltrevolution sich nicht in einigen Wochen und Monaten abspielen, aber ich verführe unseren Gästen aus dem Ausland, daß der revolutionäre Flügel auf dem Verbandstag, daß wir und sicher auch die andern anstreben, daß in Zukunft die internationale Verbindung keine platonische sein soll, sondern eine fest zusammengeschweißte Kette, um dem Kapitalismus auf dem ganzen Erdenrund recht bald den Garaus machen zu können. (Lebhafte Bravo.) Was die innere Verbandspolitik anlangt, so müssen wir uns klar werden, daß die Kämpfe der Zeitgeist wirtschaftliche und politische zugleich sind. Wir können nicht bei den alten Methoden des monatlichen Verblutens durch einzelne Kämpfe bleiben, sondern das solidarische Handeln der Arbeiter muß dahin streben, auf schnellstem Wege die Entscheidung auf die Spitze zu bringen. Natürlich nicht gleichzeitig, nicht unmittelbar, aber wenn man die Möglichkeit erkannt hat, dann heißt es auch eingestuft zum entscheidenden Schlage, auch wenn es ohne Erschütterungen des Wirtschaftslebens nicht abgeht. Die diese Erschütterungen beklagen, mögen sich bei denen bedanken, die heute noch die Träger der Wirtschaftsordnung darstellen. (Sehr gut!) Im inneren Leben der Organisation müssen wir den Mitgliedern weitgehendste Selbstbestimmung geben, auch in der Verwendung der lokalen Gelder und der Anstellung der Beamten. Die Angestellten müssen sich jährlich einer Neuwahl zu unterziehen haben. (Sehr richtig!) Die Stellung unserer Angestellten ist nicht zu vergleichen mit denen der Arbeiter in einem Betriebe. Sie sind die Vertrauensleute der Mitglieder und wenn die Mitgliedschaft die Erkenntnis gewonnen hat, daß der Angestellte ihr Vertrauen nicht mehr verdient, muß sie das Recht haben, einen andern an ihre Stelle zu setzen. (Sehr richtig!) Also Heranziehung der Mitglieder zur aktiven Beteiligung im weitesten Sinne. Dann werden auch die Mitglieder, die in den letzten Jahren an der Gewerkschaftspolitik verzweifelt sind und die den falschen Weg beschritten haben, Sonderorganisationen wie die Arbeiterunion zu gründen, wieder Vertrauen zu unserm Verband gewinnen und in unsere Reihen zurückkehren. Wir wünschen keine Zerstückelung der Gewerkschaften. Wenn mit diesem Gedanken gespielt worden ist, wir haben ihn stets abgelehnt. Wir wollen als Metallarbeiter Deutschlands die Spitze des revolutionären Proletariats im entscheidenden Augenblick werden. Mit uns das deutsche Proletariat und mit uns die Brüder im Ausland und dann vorwärts mit eiserner Entschlossenheit! Die Zeitgeschichte ruft uns und sie soll ein großes Geschlecht finden, der Zeit würdig, um das Proletariat endlich, endlich zu befreien. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Freitag vertagt.

**Fünfter Verhandlungstag.**

Freitag den 17. Oktober, vormittags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich Dismann (Frankfurt) gegen die Berichterstattung des Vorwärts, die er unter lebhafter Zustimmung seiner Freunde als tendenziös und verlogen bezeichnet. Hierauf nimmt zum Geschäftsbericht als Korreferent der Minderheitsfraktion das Wort.

Rumier: Für das Proletariat kam wenig dabei heraus-springen, wenn man nur immer wieder die vermeintlichen oder wirklichen alten Unterlassungsünden und Fehler erörtert. Wir wollen doch die Einigkeit stärken und sie nicht zu Grabe tragen. Die Kriegspolitik ist schon in Köln genügend erörtert worden und dort hat die Haltung des Vorstandes die Zustimmung der Verbandstagsmehrheit gefunden. Heute könnte nur noch das erörtert werden, was seit der Kölner Generalversammlung geschehen ist, der Aufruf „Ihr sollt selbst entscheiden“ und Schlichtes Eintritt ins Arbeitsministerium. Auch in meiner Fraktion sind die Meinungen über die Kriegspolitik geteilt. Ich und viele andere Mehrheitssozialisten hätten es für besser gehalten, wenn der Aufruf „Ihr sollt selbst entscheiden“ unterblieben wäre. Aber wir erkennen an, daß der Vorstand damit das Beste wollte. Ich halte es auch nicht für angängig, daß Schlichte durch den Eintritt ins Ministerium in eine Zwitwilerstellung kommt. Entweder er ist Minister oder er ist Verbandsvorsitzender. Er hätte sich mit den Verbandsinstanzen darüber auseinanderzusetzen sollen. Die führenden Genossen sollten mehr demokratisch vorgehen und die Mitglieder über solche Fragen entscheiden lassen. Damit ist meine Kritik erschöpft. Dismann hat acht Beutel seiner Rede auf die Vergangenheit verwandt und zwei Beutel auf die Gegenwart und Zukunft. Ich will es umgekehrt machen. In dem Ausbruch des Weltkrieges hatten alle kapitalistischen Regierungen die gleiche Schuld. Nachdem die Revolution den alten Obrigkeitsstaat zerbrochen hat, sucht die Masse nach neuen Wegen und neuen Führern. Aber sie will nur Führer haben, die tun, was sie selbst tun, sonst geht es ihnen bald wie dem alten Kautsky, der als Trottel hingestellt wird. Bei der Suche nach neuen Gedanken geht es bei uns sehr drunter und drüber, was nicht zu verwundern ist, weil bei uns der Zwang viel stärker war als irgendwo anders. Die Arbeiter in den demokratischen Staaten sind wenigstens so vernünftig, daß sie einsehen bei der Suche nach der Lösung der Probleme, daß die Einigkeit nicht verloren geht. Die politischen Forderungen wollen diese Arbeiter dank ihrer demokratischen Schulung nur auf demokratischem Wege erreichen. Dies haben bei uns viele Genossen leider vergessen und leben in einer Revolutionsromantik, die selbst in Frankreich, dem kaislichen Lande der Revolution, am Absterben ist. Bei uns kann man sich eine Revolution nicht anders vorstellen als mit Straßenkämpfen und Herrschaden. Diese Betätigungsmittel waren früher einmal ganz gut, als es galt nur einzureißen, aber jetzt gilt es aufzubauen. Bei der Beurteilung der revolutionären Mittel muß als Maßstab gelten, ob sie die revolutionäre Kampfkraft lähmen, die Einigkeit schwächen, den Hunger der Massen vermehren. Diese Mittel sind nicht revolutionär, sondern reaktionär. (Sehr gut!) Die französische Revolution, deren Ziel die politische Befreiung war, hat zehn Jahre gedauert und die Verwirklichung des Zieles hat fast ein Jahrhundert für die Erde um den Erdball gebraucht. Die soziale Revolution, die die wirtschaftliche Befreiung bringen soll, wird noch viel länger dauern. Die Kampfmittel sind verschieden, in einem Lande sind es demokratische Mittel, wo anders das Rätesystem, wo anders die Diktatur. Die Diktatur einer Minderheit kann für uns als gesuchte Sozialdemokraten nicht in Frage kommen, das haben auch Kautsky und Ströbel anerkannt. Es ist doch keine Rede davon, daß bei der sogenannten Diktatur des Proletariats wirklich Proletariat diktieren. In München und Budapest haben wir es gesehen, es handelte sich lediglich um Diktatur eines kleinen Kreises von Literaten; das Proletariat hat nicht diktiert, ihm ist diktiert worden. (Sehr gut!) Die wirtschaftliche Befreiung

den großen Gedanken der deutschen Revolution wollen wir alle verwirklichen. Die schwerste Aufgabe dabei fällt den wirtschaftlichen Organisationen zu, nicht zuletzt dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, der stärksten Organisation der Welt. Bisher waren die Gewerkschaften in der Hauptliche Kampfgenossenschaft gegen das Unternehmertum, in Zukunft werden sie auch Baugenossenschaften zum Aufbau des Sozialismus sein müssen. (Sehr gut!) Diese aufbauende Arbeit wird ein sehr langwieriger Prozess sein. Die einen wollen zu diesem Zweck radikale Maßnahmen, die anderen, die sicher gehen wollen, sind für Arbeitsgemeinschaften, für Betriebsräte usw. Jeder will das Beste von seiner Meinung aus. Es handelt sich vor allem darum, den Entwicklungsprozess zu fördern. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Es freut mich, daß wir hier das erste Mal einer Meinung sind. Dazu langt das alle geistige Rüstzeug der Gewerkschaften nicht mehr aus. Wir müssen neue Formen, neue Gedanken, bessere Werkzeuge dazu haben. Das oberste Mittel für die Entwicklung des Sozialismus ist belamlich die Sozialisierung. Auch die Sozialisierung wird ein langwieriger schwieriger Prozess sein, dessen Gelingen in der Hauptsache von der Intelligenz, Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter abhängt. Die Klagen über das langsame Fortschreiten der Sozialisierung richten sich also an die falsche Adresse. Die Hemmungen von bürgerlicher Seite könnten wir alle leicht überwinden, wenn sich nur die Proletarier von rechts und links auf einer bestimmten Linie zusammenfinden könnten. Der Metallarbeiter-Verband hat in der Sozialisierung die aller-schwierigste Aufgabe. Die Sozialisierung müßte beginnen bei der großen Metallindustrie, sie müßte weitergehen bei Schrauben, Nieten, Blechen, Eisen und sich weiter erstrecken auf Werkzeugmaschinen usw. Da die Sozialisierung eine größere Güterverzeugung herbeiführen soll, muß die Produktion vereinheitlicht werden. Als als Metallarbeiter haben in erster Linie diese Vereinfachung der Produktion herbeizuführen und nur unserm Geschick wird es abhängen, inwieweit die technische Sozialisierung gelingt. Bei der Vereinfachung der Produktion werden die Betriebsräte der Metallarbeiter tätig eingreifen müssen. Als einziges Vorbild käme vielleicht Amerika in Frage und es wäre zweckmäßig, wenn eine Kommission der Metallarbeiter nach Amerika geht, um dort die besten Arbeitsmethoden, das Taylor-System usw. zu studieren. Die Betriebsräte werden nicht über Nacht die Fähigkeit für ihr Amt gewinnen, auch dazu gehört ein intensives Studium und das muß der Metallarbeiter-Verband ermöglichen. Die Sozialisierung ist nicht nur eine technische, sondern fast in noch größerer Maße eine moralische und sittliche Frage. (Sehr richtig!) Mit dem jetzt allgemein herrschenden Egoismus von Arbeitern, Berufsgruppen und bestimmten Gewerben ist die Sozialisierungsfrage nicht zu lösen. Die Arbeiter müssen mit dem Gedanken vertraut gemacht werden, daß ihnen die Sozialisierung nicht schon am nächsten Tage klingenden Vorteil bringt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Früchte der Sozialisierung können erst die Kinder und Kindeskiner ernten und für sie wird um so besser gejorgt, je durchgreifender jetzt gearbeitet wird. Das muß den Arbeitern gesagt werden, denn demokratische Pflicht ist nicht Umschmeichelung der Massen, sondern den Massen die Wahrheit zu sagen. Das wird unser neuer Vorstand noch erfahren.

Leidur gehen über die Sozialisierungsfrage die Meinungen fast ebensoweit auseinander wie über das Rätesystem. Hier müßte unsere Verbandspresse aufklärend wirken. Für die Betriebsräte müßte eine besondere Zeitschrift gegründet werden. Unser ganzes Schriftwesen muß sich auf diese neuen Fragen einstellen und man muß in der Zulassung von Kritikern weithergeher vorgehen, als es bisher geschehen ist. Wenn die Metallarbeiter-Zeitung jetzt sehr lebern und ihr agitatorischer Wert gleich null ist, so ist das nicht die Schuld des Kollegen Schürer, sondern der gut gemeinten Beschlüsse, die ihm einen Maulkorb verbieten. Mit einer Propagandakommission kann man dieses Uebel nicht beseitigen, aber der Kritik muß in der Zeitung der weiteste Spielraum gelassen werden und es müssen auch schreibfähige Kollegen als Mitarbeiter herangezogen werden, an denen wir jetzt einen Mangel haben, was für unsern großen Verband recht bedauernd ist. Wir müssen für unsere Funktionäre ein Organ haben, das ihnen in allen technischen, beruflichen und allen organisatorischen Fragen Belehrung schaffen kann. Der Zeitgeist hat diese Aufgabe leider nicht erfüllt. Er müßte eine Fachzeitschrift werden für das Rätesystem, die Sozialisierung und die besten Arbeitsmethoden. Dabei sollten wir uns auch mehr um das Ausland kümmern und eine Kommission aus Mitgliedern aller Richtungen sollte in Ungarn, Rußland und anderen Ländern die Sozialisierungsbestrebungen an Ort und Stelle studieren. Dabei wird in der Berührung mit der Praxis mancher Radikalismus verschwinden. Unser literarisches Bureau müßte so ausgebaut werden, daß sein reiches Material allen Verwaltungstellen nutzbar gemacht werden kann. Den internationalen Gedanken müssen wir mehr pflegen als bisher, aber wir müssen die Internationalen, die beim Kriegsausbruch verlagert hat, neu gestalten zu einer Internationalen der Tat. Die Konferenzen von Amsterdam, Luzern usw. haben dem Proletariat wenig Vorteil gebracht. Dort kommen nur die Führer zusammen und die eigentlichen Proletarier kommen nicht in Fühlung miteinander. Darum sollten die Berufslogen, auf denen sich die wirtlichen Arbeiter gegenübersehen, so schnell wie möglich wieder einberufen werden. Der neue Vorstand wird vor allem versuchen müssen, die Einigkeit innerhalb unserer Organisation zu festigen, den Arbeitswillen zu heben und den Sprengungsversuchen entgegenzutreten, an denen leider auch Freunde des Kollegen Dismann beteiligt waren. Wir müßten schon auf dieser Generalversammlung Klarheit darüber schaffen, ob Kollegen, die einer syndikalistischen Organisation angehören, noch Verbandsmitglieder bleiben können. (Sehr richtig!)

Auch meine Freunde sind für jede Erweiterung der demokratischen Rechte der Mitglieder zu haben. Uns bestimmt nur die Interessenförderung der Metallarbeiter und wir sind fest entschlossen, mit dem neuen Vorstand und der neuen Verbandsleitung, ehlich mitzuwirken. (Lebhafte Zustimmung.) Wir erwarten aber auch, daß uns diese Mitarbeit nicht durch persönliche Verunglimpfung unserer Meinung erschwert wird. Wir erwarten, daß einmal mit dem Grundgesetz gebrochen wird: „Denke wie ich oder zittre und stirb.“ (Lebhafte Zustimmung.) Die Beamtensregelungen müssen aufgehoben, Liebe und Treue kann man wohl Hundern einprägen, aber Menschen muß sie anders beigebracht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Beamtenschaft muß allein die gewerkschaftliche Fähigkeit und persönliche Lauterkeit entscheiden, nicht die politische Meinung. Wir erwarten auch, daß wir bei allen Instanzen eine Vertretung bekommen in Verhältnis unserer zahlenmäßigen Stärke. Die Mehrzahl meiner Freunde wünscht die Verhältnismäßigkeit auch für die Delegation zum Verbandstag. Die gegenwärtigen Streitfragen werden vielleicht bald durch andere abgelöst und da ist es zweckmäßig, wenn die Generalversammlung immer ein getreues Spiegelbild der Mitgliedschaft darstellt und auch die Minderheit eine proportionale Vertretung findet. Meine Freunde haben ihre persönlichen Bedenken zurückgestellt im Interesse der Stärkung des Verbandes, der Interessenförderung der Metallarbeiter und der Befreiung des Proletariats. Wenn wir über die Wege zu diesem Ziel noch geteilter Meinung sind, so ist es die dringende Aufgabe, eine brüderliches Zusammenarbeiten herzustellen. Wenn von dieser Stelle aus die Einigkeit ihren Weg nehmen sollte, dann wird diese Generalversammlung eine geschichtliche Bedeutung im besten Sinne des Wortes haben und ihre Teilnehmer werden gelobt werden von Geschlecht zu Geschlecht. (Lebhafte Beifall, Handklatschen.) Hierauf wird die Dis. sion eröffnet.

Schäfer (Leipzig): Der Vorstand hat wohl aus laienlichen Gründen den Bericht über den finanziellen Stand der Organisation nicht gegeben. Wir legen aber großen Wert auf einen solchen Bericht. Zur Einberufung der Bevollmächtigtenkonferenz war der Vorstand nach dem Statut nicht berechtigt. Er hätte lieber den vielfach verlangten außerordentlichen Verbandstag einberufen sollen. Auf dieser Bevollmächtigtenkonferenz wurden die Teilnehmer gegen Leipzig beeinflusst wegen der angeblichen Maßregelungen im Falle Fromm. Dabei handelt es sich aber gar nicht um eine Maßregelung. Keibel hat selbst erklärt, wenn Fromm nicht mehr das Vertrauen der Leipziger habe, müsse er die Konsequenzen ziehen. Und Haack hat in

Köln denselben Standpunkt eingenommen. Ich kann durch Originaldokumente beweisen, daß alles richtig ist, was in der Leipziger Broschüre über die gewerkschaftlichen Arbeiterverräter geschrieben ist. Legien und Bauer haben zum Beispiel die Deklamation eines Bezirksleiters Biege vom Bäckerverband damit begründet, daß dieser einen großen Einfluß auf die Arbeiterchaft habe und durch seine vermittelnde Tätigkeit Streiks verhindern könne. Die Freistellung des Gauleiters Laue wird als erwünscht bezeichnet, um dem Treiben unverantwortlicher Kreise entgegenzuwirken. Bezirksleiter Haack erucht um die Deklamation des Gewerkschaftsbeamten Jung mit der Begründung, daß gerade in Crimmitschau ein gewisser Bedarf für die unabhängige Sozialdemokratie scharfe Propaganda mache. (Hört! Hört! links.) Das ist Arbeiterverrat schlimmster Art. Dennoch haben die Verwaltungsstelle Dresden und der Verbandsvorstand ein Ausschlußverfahren gegen Haack abgelehnt. Andere Kollegen aber, die in revolutionärem Sinne wirkten, sind auf die Schlichtbank geschleppt worden und ich selbst wurde wegen meines Auftretens auf der Generalversammlung mit einem Urarabrief an die Front geschickt. Nach den Schlussworten von Klummer ist anzunehmen, daß auch die andere Fakultät die Absicht einer Spaltung der Organisation aufgegeben hat. Die Freunde der andern Fraktion sollten aber die Vertretung in den Verbandsinstanzen nicht zu einer Personenfrage machen. Wir werden auch die andere Fraktion berücksichtigen können, aber wenn man uns Kollegen präsentiert, die außerordentlich schwer kompromittiert sind, können wir sie natürlich nicht wählen. (Unruhe rechts.) Eine Spaltung der Gewerkschaften würde noch viel schlimmer wirken als die Spaltung der Partei.

Frölich (Altenburg): Durch die Ausführungen der linken Seite ist dieser Verbandstag zu einer politischen Versammlung geworden. Der Vorredner muß es uns schon überlassen, wenn wir bei den Vorstandswahlen vorschlagen. Die Bevollmächtigtenkonferenz wäre besser unterblieben, denn sie hat der linken Seite erst die Verbindung ermöglicht, die zu ihrer jetzigen Vertretung geführt hat. An der Kriegsschuld sind alle beteiligt, aber wenn 1914 das deutsche Volk nicht zusammengefallen hätte, dann wäre eben das zaristische Rußland in Deutschland einmarschiert. Ob das für die deutsche Arbeiterchaft glücklicher gewesen wäre, ist eine andere Frage. (Zuruf: Wie war es nach West-Berlin?) Wer hat es denn verhindert, daß bei dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk, wie das die deutsche Regierung wollte, auch die andern Länder ihre Vertreter schickten, damit der Friede gemacht wurde? (Hört! Hört!) Dismann meinte, wir hätten während des Krieges streiken sollen. Ich bin überzeugt, dann wäre es in Deutschland zu einem Blutbad gekommen, denn der Militarismus stand damals noch fest. Das Volk schreit nach Sozialismus, sagt Dismann. Nein, das Volk schreit zunächst einmal nach Brot. (Sehr richtig!) Wenn wir nicht auf Grund unserer Arbeit vom Ausland Kredit und Waren bekommen, dann muß das deutsche Volk elend zusammenbrechen. Wenn wir, wie Dismann das will, als gewerkschaftlichen Forderungen politische machen, dann werden wir die Einheit unserer Organisation nicht aufrecht erhalten können. Sozialisieren können wir nicht, ehe die Verhältnisse dazu reif sind. Es muß geschick der Anfang damit gemacht werden, damit wir das Rad weiter schieben können. Daher sollten bei den kommenden Reichstagswahlen beide Richtungen dahin wirken, daß wir im Parlament eine sozialistische Mehrheit bekommen. Der Weisheit letzter Spruch ist bei Ihnen das Wort „Masse“, aber es wird keine Regierung, auch keine Käserregierung, sich ohne Schutzwehr halten. Größlich bitte ich Sie, dafür zu sorgen, daß der Terror in unserm Verbands unterbleibt. Nur die Tüchtigkeit, nicht die politische Richtung darf bei der Anstellung entscheidend sein. (Sehr richtig!) Auch mir liegt daran, die Einigkeit im Verbands hochzuhalten. Nicht das Ziel, nur die Wege trennen uns und wenn wir verständig sein wollen, müssen wir uns auch über die Wege einig werden.

Loft (Berlin): Mit der Vorstandswahl haben wir es hier nicht zu tun. Schäfer (Leipzig) hat in dieser Frage nur seine persönliche Meinung ausgesprochen. Die Hauptsache ist, daß die Grundsätze festgelegt werden und daß sich die zum Vorstand Vorgeschlagenen dann auf den Boden dieser Grundsätze stellen. Es müssen Führer sein, die auch wirklich das Vertrauen der Metallarbeiter haben. Das in Deutschland und Österreich die Leute sitzen, die den Ausbruch des Weltkrieges am meisten forciert haben, haben die Dokumente beweisen. Warum gibt die deutsche Regierung nicht endlich ihr Material an die Öffentlichkeit, das man Kautsky wieder aus der Hand genommen hat? Frölich erwidert ich: Es ist kein Terror, wenn die Generalversammlung Führer wählt, die zu den hier aufgestellten Grundätzen stehen. In dem Ausbau der Bildungsbestrebungen ist in der Tat sehr viel versäumt worden. Darauf habe ich im Bericht fähig hingewiesen. Die Sozialisierung kann nicht mit unaufgeklärten Köpfen durchgeführt werden. Aber es hätte damit angefangen werden können. Man tut es nicht, weil man dem Kapital nicht zunähe treten will. (Sehr wahr!) An der Spaltung haben nicht die Schuld, die von Anfang an erkannt haben, daß im Kriege eine verkehrte Politik getrieben wurde. Die Disziplin kann sehr notwendig sein, aber es darf nicht mit ihr Schindluder getrieben werden. Die Revolution hat uns durchaus recht gegeben und sie zeigt, daß es mit den bisherigen Politikern an der Spitze nicht so weitergehen darf. Wir wollen uns auf Grundsätze einigen, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen und nach diesen Grundätzen arbeiten, zum Besten der Metallarbeiter nicht nur, sondern der gesamten Arbeiterchaft und darüber hinaus. (Beifall.)

Thomas (Mainz): Dismann hat die politische Rede gehalten, wie sie heute täglich draußen in der Agitation gehalten wird. Es wäre uns lieber gewesen, er hätte mehr Kritik am Vorstand geübt. Es ist während des Krieges manches versäumt worden. Es hätte eine Beitragserhöhung eintreten, die Metallarbeiter-Zeitung hätte ausgefallt werden müssen. Warum hat Dismann zu Anfang des Krieges nicht seine Person eingesetzt, um die Sache in ein anderes Fahrwasser zu bringen? (Sehr gut! und Unruhe. — Dismann: Wo warst du damals?) Ich stehe ja nicht auf dem Standpunkt Dismanns, sondern ich sage, wer damals versucht hätte, gegen den Strom zu schwimmen, wäre von dem Willen der Mehrheit des Volkes über den Haufen gerannt worden. Auch 1916/17 war die Bevölkerung noch kriegsbegeistert und ein revolutionärer Wortstoß hätte einen blutigen Zusammenbruch erlitten. Dismann sagt, bei Beginn der Revolution habe der Kapitalismus betäubt am Wege gelegen. Davon habe ich nichts gemerkt. Die Kapitalisten sind vielmehr in Deutschland und im Ausland angehäuft worden. Wenn wir versucht hätten, uns mit dem revolutionären Rußland zu vereinigen, wären wir von den Heeren der Entente überschwemmt worden. Wir sind mit unserem ganzen Rohmaterial, mit unserer Lebensmittelförderung vom Ausland abhängig. Die Diktatur des Proletariats lehnen wir ab, weil sie die Kraft des Proletariats schwächt. Geht es in Deutschland so weiter, wie in den letzten Wochen und Monaten, dann wachsen im Westen die Loslösungsbestrebungen von Deutschland. Die internationalen Kapitalisten wirken darauf hin, daß die Arbeiter Forderungen stellen, um gewisse Betriebe totzuschreiben, damit sie dann diese Betriebe aufkaufen können. Sie sagen sich, haben wir das linke Rheingebiet wirtschaftlich, dann haben wir es auch halb politisch. Also da sollte man vorsichtiger sein. Von den Eisenbahnern wird verlangt, daß unsere bei den Eisenbahnen beschäftigten Kollegen zu dem Eisenbahnverband übertraten. Hier muß der Vorstand eingreifen. Wir sind bereit mitzuwirken, wenn Sie uns die Möglichkeit dazu geben.

Rosa Wenzel (Düsseldorf): Bei 20000 weiblichen Mitgliedern haben wir nur drei weibliche Delegierte. Das beweist, daß nur wenig Kollegen Verständnis für die Frauenbewegung haben. Der Vorstand möge hilfreiche Hand bieten zur Ausübung von Agitationen. Sie werden überall begeisterte Herzen finden, die das Interesse zu wecken imstande sind. „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“

Legien: Man spricht immer von einer Kriegspolitik der Generalkommission und der Verbandsvorstände. Aber die Meinungsverschiedenheiten in unserer Arbeiterbewegung sind viel älter als der Weltkrieg. Mit meinem Freunde Dismann stehe ich schon seit vielen Jahrzehnten in Differenzen über die Gewerkschaftspolitik. Wäre nach seinen Grundätzen verfahren worden, daß man die gewerkschaftlichen Organisationen zu einem politischen Faktor machte, dann

hätten wir wahrscheinlich heute nicht 7 Millionen Mitglieder. Die Gewerkschaften haben den Zweck, alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Überzeugung zu einigen und die Arbeiterkraft vorwärts zu bringen. (Zuruf: Zu welchem Ziele?) Zum Ziele des Sozialismus. Aber wenn wir den Sozialismus durchzuführen wollen, brauchen wir nicht eine gefnechtete, sondern eine selbstbewusste Arbeiterkraft. Politische Parteien, Revolutionäre können man machen in irgend einem Winkel Deutschlands, wo die Arbeiterkraft auf der tiefsten Stufe der Lebenshaltung steht. (Sehr wahr!) Aber für den Aufbau des Sozialismus und für seine Durchführung brauchen wir eine Arbeiterkraft, die gesund und kräftig an Körper und Geist ist. Diese Aufgaben haben wir vor und während des Krieges durchzuführen gesucht. Gegenstände waren, wie gesagt, in der Arbeiterbewegung immer vorhanden. Das, was sich im Weltkrieg abgepielt hat, bietet nun denen, die schon früher andere Auffassungen über unsere Gewerkschaftsbewegung hatten, die beste Gelegenheit zu behaupten, ihre Auffassung von der Taktik sei die richtige gewesen. Aber das ist falsch. Die sogenannte Kriegspolitik der Generalkommission ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik, die die Gewerkschaften in Deutschland bisher eingehalten haben. Verhindern konnten wir den Weltkrieg nicht, dazu war die Kraft des internationalen Proletariats nicht stark genug. Wir mußten daher zunächst dafür sorgen, die Arbeiterklasse vor dem äußersten Elend zu schützen. Das ist geschehen. Wir fürchteten, daß mit Beginn des Krieges die gewerkschaftlichen Organisationen aufgelöst werden würden. Um Maßnahmen dagegen zu beraten, wurde die Konferenz vom 2. August 1914 einberufen. Und nun erzählt man in der Welt herum, diese Konferenz hätte den Zweck gehabt, der Regierung Willfährigkeit, Entgegenkommen zu zeigen. Das ist ein Märchen. Vergißt man denn alles, was die Gewerkschaften für die Arbeiterkraft in jener Zeit getan haben an Fürsorge für die Arbeitslosen, für die Familien der Kriegsteilnehmer usw.? Die Kriegspolitik der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände stand niemals im Dienste der Regierung, sondern immer im Dienste des Volkes. Gemäß wäre der Krieg früher zu Ende gewesen, wenn man den Grundgedanken Dismanns gefolgt wäre. Wer glauben Sie wirklich, daß dann die russische Woge an der Ober-Saale gemacht hätte? Nein, dann wäre der Friede vom Zarismus in Berlin diktiert worden. Da wir den Krieg nicht verhindern konnten, mußten wir uns zu unserem eignen Schutze stellen, genau wie alle Sozialdemokraten in anderen Ländern. Hätten wir das nicht getan, so wäre vieles anders gekommen: Wir hätten keine russische Revolution gehabt, keine deutsche Revolution und keine Hoffnung darauf, daß die Revolution über den Rhein hinweg nach Frankreich und England kommt. Wir fügen heute noch unter dem militärischen und monarchistischen Szepter. Die Strömung, die sich jetzt geltend macht, wird genau so vorübergehen wie die anderen Strömungen zu Beginn unserer gewerkschaftlichen Bewegung, wo die Meinungsverschiedenheiten sich auch sehr stark gegenüberstanden. Auch eine andere Leitung im Metallarbeiter-Verband wird, wenn sie nicht politisch, sondern gewerkschaftlich handeln will, genau das Gleiche tun müssen wie ihre Vorgänger. (Sehr richtig!) Würde man aber die gewerkschaftlichen Organisationen zu politischen Machtinstrumenten machen, sie für den jeweiligen politischen Kampf benutzen, dann würden sie zugrunde gerichtet. Daran werden Sie Ihre eigenen Kollegen hindern. Die Arbeitsgemeinschaft ist auch nichts anderes als die Fortsetzung unserer bisherigen Gewerkschaftspolitik. Wie lange haben wir darum gekämpft, die Unternehmer zu zwingen, mit uns zu verhandeln, Tarife abzuschließen. Die Arbeitsgemeinschaften sind die Fortsetzung dieser Tarippolitik, die uns erst mächtig und stark gemacht hat. Alles, was die Organisationsleitungen während des Krieges getan haben, haben sie im Interesse der Arbeiterklasse getan und an dieser Politik halten wir auch fest für die Zukunft. (Lebhafte Beifälle bei der Minderheit.)

Dangel (Düsseldorf): In der Zersplitterung im Verbandsrat ist die Politik des Vorstandes schuld. Wollen wir der Arbeiterunion und ähnlichen Verpflichtungen des Wailers abgeben, so müssen die Grundsätze unserer Organisation andere werden. Besondere Betriebsorganisationen mit vielen tausend Mitgliedern bestehen, wie ich auf Anfrage von Berliner Delegierten mitteilen kann, in Düsseldorf noch nicht.

Sporleder (Hannover) kritisiert, daß die beim Übertritt der Schmelde zum Metallarbeiter-Verband zugelegte Berufskonferenz der Schmelde noch nicht einberufen wurde und legt die Gründe für die Notwendigkeit einer solchen Berufskonferenz im einzelnen dar.

Melcher (Stuttgart): Als Stuttgarter Vertreter kann ich leider nichts Günstiges über unseren Verband sagen. Als die Stuttgarter Metallarbeiter im Kampf standen, hat unsere Druckerei sich dazu hergegeben, Flugblätter gegen die streikenden Arbeiter zu drucken. (Zurufe.) Aber die Arbeiterkraft in Stuttgart ist nicht mehr gewillt, mit dem alten Vorstand weiterzuarbeiten. (Zuruf!) Doch ich will mich den Aufgaben der Zukunft zuwenden. Wohin uns die „alte bewährte“ Taktik geführt hat, dafür nur ein Beispiel. Der Arbeiter muß heute 7  $\frac{1}{2}$  aufwenden, um den Bedarf zu kaufen, den er 1913 für 1  $\frac{1}{2}$  kaufen konnte. Das ist die logische Folge unserer bisherigen Taktik (Schlichter), die ihre Weiterentwicklung findet durch die Arbeitsgemeinschaft. Deshalb müssen wir auch einer neuen Taktik juchzen. Wie fast das Streben nach neuen Kampfformen heute ist, zeigt die Stärke der hier vertretenen Opposition. Der Wille der Arbeiter muß in Zukunft die Geschichte des Verbandes selbst gestalten. Heute können die Arbeiter einen Führer nicht mehr loswerden, auch wenn er eine ganz andere Auffassung hat als die Arbeiterkraft in den Betrieben. Die Arbeiterkraft ist nicht mehr bereit, für den Kapitalismus zu arbeiten, für die Unternehmer Profite zu erzeugen, sondern wir wollen für die Allgemeinheit, für die Gesellschaft arbeiten.

Spiegel (Düsseldorf): Die Vorstandspolitik kann man nicht dafür verantwortlich machen, daß in Düsseldorf Abspaltungen vorgekommen sind. Schon seit 1900 haben wir dort jugendliche Sonderorganisationen. Der große Rückgang unserer Düsseldorf-Mitgliedszahl ist erst durch die Witzungen des Hilfsdienstgesetzes wieder ausgeglichen worden und dieselbe Erscheinung hat sich in allen Betrieben gezeigt. Es ist nicht wahr, daß von unserer Seite die „Tatjachenbrochüre“ verbreitet worden ist, wir haben das grundsätzlich abgelehnt und es den Verwaltungstellen lediglich anheimgestellt, ob sie den Wünschen des Generalratsvorsandes entsprechen wollten.

Miller (Bremen): Der Kapitalismus lag nicht nur am 9. November am Boden, sondern zappelt, trampelt und wackelt heute noch. Gegen Dismanns Rede würde die Reichswehr zwar wenig und kümmerlich, aber auch Dismann erhielt den meißten Beifall da, wo er am bürgerlichsten gesprochen hat. (Heiterkeit und sehr gut!) Dismann selbst hat sich gesagt: Mea culpa, mea maxima culpa! (Seine Schuld, meine größte Schuld!) Der Obrigkeitssinn ist noch lange nicht beseitigt. Streikende Arbeiter werden ebenso wie früher niederknietet. Der Vorstand hat den Klassenkampf auf dem Alter des Vorkriegsstandes der kapitalistischen Gesellschaft gesperrt. Seine Politik beruht auf der Arbeitsgemeinschaft und den Tarifverträgen. Wir können aber nicht im Verein mit dem Kapitalismus in den Sozialismus hineinkommen. Es war ein hartes Stück, daß der Sozialismus eine solche Aufgabe gegen das ungenügende Proletariat über „alte Sinne“ (Zuruf: Die Reichswehr ist tüchtig!) Wir wollen nicht für die Kapitalisten weiterarbeiten. Um Arbeiter zu werden, ist kein Studium notwendig. Wenn es nach Kummer ginge, würde das ganze Reichsgebiet unter das Karatel der Gewerkschaftsdemokratie gestellt. Dem Sozialismus können wir nur durch den schärfsten Klassenkampf.

Borschender Brandes teilt mit, daß ein Antrag eingelaufen ist auf Wahl einer Kommission zur Zusammenarbeit eines Sachreglements für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag.

Der Dismann wurde zum Vorstandsbericht eine Resolution unterbreitet und dazu im Laufe der Beratungen eine Ergänzungsanfrage gestellt. (Siehe den Bericht der Resolution am Schluß der Verhandlung über diesen Punkt.)

Weber (Düsseldorf) beantragt zunächst den Antrag 31, der die Einberufung einer Reichstagserversammlung für den Feilerhauerberuf verlangt und einen weiteren Antrag 53, der sich gegen die Maßregelung von Funktionären wegen ihrer polit-

ischen Meinung richtet. Für diesen Antrag hätten in Offenbach auch die Mitglieder der U.S.P. gestimmt. Dismann, der jetzt die Kriegspolitik der Gewerkschaften so scharf verurteilt, habe nach einer Darstellung des früheren Frankfurter Bevollmächtigten Müller bei Kriegsbeginn die Bewilligung der Kriegskredite begünstigt. (Dismann widerpricht.) Wenn jemand die Wandlungen, die Dismann und seine Freunde seit Kriegsbeginn innerlich durchgemacht haben, nicht mitmacht, dann dürfe er deswegen doch nicht als schlechter Reel bezeichnet werden. Wenn die U.S.P. nach Kriegsende der Mahnung Kautskys entsprechend sich wieder mit der Mehrheitssozialdemokratie vereinigt hätte, dann stände die Arbeiterkraft heute mächtiger da. Die baldige Wiedervereinigung des gesamten Proletariats sei die wichtigste Aufgabe. (Beifall.)

Wass (Köln): Auch ich bin mit einem Urteilsbrief ins Feld geschickt worden, weil ich meinen Sozialismus nicht verleugnet habe. Kummer's Rede hat bewiesen, daß er tatsächlich unser Kummer ist. (Heiterkeit links.) Wir, die wir im Felde waren, müssen uns auch heute noch mit der Kriegspolitik beschäftigen, die vor der Kölner Generalsammlung betrieben worden ist. Ich habe mich geschämt, als ich hörte, daß die Legien, Stegerwald und Genossen, diese Aktiengesellschaft für deutschen Chauvinismus, dem damaligen Reichstanzler 1917 ein Vertrauensvotum ausgestellt haben. Deutschland hat mindestens 50 v. H. Schuld am Kriege. Wer heute anderer Überzeugung ist als die herrschende Partei und Regierung, wird niederknietet. Severing hat unseren Kollegen Schlieffert verhaftet lassen, als er unseren Tarifvertrag unterschreiben wollte. Ich wünsche dem Ausschlußverfahren gegen Severing besten Erfolg. Die Moskogarden haufen hier schlimmer als die englische Besatzung.

Haas (Köln): Wenn Dismann meint, Deutschland hätte sich mit den russischen Bolschewisten vereinigen müssen, so behenkt er wohl nicht, daß dann die Soldateska der Entente Deutschland mit neuem Krieg überzogen hätte. Die Diktatur des Proletariats, zu der sich Dismann bekennt, wird von Kautsky ganz vernichtend verurteilt. Wenn Dismann also unseren Standpunkt bezüglich der Diktatur usw. widerlegen will, muß er zunächst seine eigenen Führer widerlegen. Wohin das Gerede von der Diktatur der Massen führt, das zeigen die Maßregelungen so vieler Funktionäre wegen ihrer politischen Gesinnung. Dieses Vertragen ist besonders bedenklich in einer Zeit, wo die politischen Auffassungen einem so schnellen Wechsel unterliegen sind. Der Weg, den Dismann beschreiten will, führt meiner Meinung nach zur Reaktion, nicht zur Aufklärung des Sozialismus, sondern zu seiner Zerstörung. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Auch die Resolution Dismanns steht sehr diktatorisch aus. Durch sie will man das Statut anschießen. Dismann weiß, daß statutarische Bestimmungen nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden können, und weil er nur über die einfache Mehrheit verfügt, möchte er das durch eine Resolution erleben, aber auf den Beim gehen wir nicht. (Sehr gut! rechts.) Ich bitte, diese Resolution mit der nötigen Voricht zu genehmigen. (Beifall rechts.)

Sinrich (Effen): Die Arbeitsgemeinschaft hemmt uns im Kampf gegen den Kapitalismus und im Kampf gegen die gegnerischen Organisationen. Der schändliche Belagerungsstand im Ruhrrevier hindert jedes gewerkschaftliche und politische Leben. Severing mußte selbst zugeben, daß er gegenüber dem Generalkommando ohnmächtig ist. Das Verhängnis des Proletariats ist, daß es am 9. November, als es die ganze politische Macht in der Hand hatte, diese Macht nicht festgehalten hat. In Effen kommen die Moskogarden mit Maschinengewehren, wenn das Proletariat Versammlungen abhalten will. Es sind nicht die schlechtesten Genossen, die sich von uns abwenden und wir haben die Aufgabe, diese wirklich revolutionären Kollegen wieder zu uns heranzuziehen. Wir wollen die Geschlossenheit der Gewerkschaften erhalten, aber sie müssen zu revolutionären Kampforganisationen des Proletariats werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In der Nachmittagsitzung werden die Schlusssätze entgegengenommen.

Kummer: An Vorstand haben wir mehr Kritik geübt, als wir von der linken Seite nach all dem Vorn der letzten Zeit hätten erwarten müssen. Die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges dürfte Ausland tragen, doch wird ein abschließendes Urteil darüber erst möglich sein, wenn später einmal die Dokumente aus allen Ländern darüber der Öffentlichkeit vorliegen. Aber die Kriegspolitik der Gewerkschaften herrichten auch bei uns Meinungsverschiedenheiten, aber wir erkennen an, daß die Träger dieser Politik aus ehrlicher Überzeugung für das Wohl der Arbeiter zu wirken geglaubt haben. (Sehr richtig!) Schärer sagte, wir sollten Personen zum Vorstand vorschlagen, die nicht kompromittiert sind. So geht die Sache nicht. Wenn wir uns an der Mitarbeit beteiligen sollen, dann dürfen Sie uns keine Vorwürfe machen, wenn wir vorschlagen sollen. Was die Broschüre „Arbeiterführer als Verräter“ anlangt, so muß ich zunächst sagen, daß ich mich über jeden gestreut habe, dem es gelang, im Kriege vom Militär loszukommen, und außerdem müssen wir bedenken, daß diese Schriftstücke aus der Kriegsanstalt in Leipzig, die da ausgegraben worden sind, von Bürgerlichen oder Militärs stammen, und solche Dokumente haben wir früher, zumal wenn es sich um unsere eigenen Leute handelte, sehr scharf nachgeprüft. Diese Voricht und diesen parteigenösslichen Takt hätten sich auch die Broschürenschreiber zu Herzen nehmen müssen. Fromm ist in einem Anschlußverfahren einstimmig freigesprochen worden. Es ist ihm sogar nahegelegt worden, die Broschürenschreiber zu verklagen. Die Resolution Dismann lehnen wir ab. Mit der Zustimmung zum ersten Absatz würden wir die Beschlüsse unserer früheren Verbandstage während des Krieges desavouieren. Was den zweiten Absatz anlangt, so kann keine Rede davon sein, daß wir uns in „holber Entschluß“ mit den Unternehmern befinden, wenn wir Tarife oder Arbeitsgemeinschaften mit ihnen eingehen. Der dritte Absatz enthält nur Nebenreden und die übrigen Absätze bedingen Statutenänderungen, die man nicht durch eine bloße Resolution durchsetzen kann. Dismann hat diese Dinge offenbar nur in die Resolution gebracht, um den Verwaltungstellen zu zeigen, was für ein tüchtiger Reder er ist. (Heiterkeit.) Die Wünsche, den Verwaltungstellen das freie Verfügungsrecht über die Sozialkassen zu lassen, sind bisher von der Generalversammlung stets mit großer Mehrheit mit Rücksicht auf die Konsequenzen abgelehnt worden. Wenn Sie ehrlich unsere Mitarbeit wollen, dürfen Sie uns nicht solche Resolutionen zumuten, sondern wir müssen uns auf einer niedrigeren Linie einigen. Können wir uns nicht einigen, dann wird das Schicksal noch größer, dann wird das heutige Geschäft ein Geschäft des Übergangs sein, nicht der Erste mächtig und es wird untergehen.

Dismann (Frankfurt): Den Anregungen auf Ausbau der Metallarbeiter-Zeitung, des literarischen Vereins stimmen wir natürlich zu, ebenso den Konferenzen für Betriebsräte. Doch dürfen diese nicht nur eine formale Justifikation über Tätigkeitsgebiete im Sinne der alten Arbeitervereinsgesetze erhalten, sondern es kommt darauf an, den Räten das zu geben, was sie haben müssen, damit sie zum revolutionären Triebrod der Geschichte werden, die Sozialisierung praktisch in die Hand nehmen können. Wenn Kummer sagte, unsere Resolution sei nicht dazu geeignet, sein Angebot der Mitarbeit zu berücksichtigen, so erwidere ich ihm, daß wir uns nicht auf eine solche Kompromißresolution einlassen können, sondern der Wille der Mehrheit muß klar und prägnant zum Ausdruck kommen. An welcher inkonsequente Stellung man durch die im Kriege geübte Politik hineingeraten kann, beweist das Verhalten Schlichters im Berliner Kampf. Er hatte nicht das Recht, im Augenblick des Kampfes seine abweichende Auffassung in den bürgerlichen Blättern zum Ausdruck zu bringen, denn das ließe nur Wasser auf die Mühlen der Arbeitgeber. Es kann niemand zweifeln, Herden dienen. Legien sagte, am 2. August 1914 waren die Vorstände nicht zusammen, was die Regierung zu schätzen, sondern die Organisationen. Aber er wird nicht befehlen können, daß am 2. August die Entscheidung der Geister über die im Kriege eingenommene Stellung in jenem Kreise bereits gefallen war. Und deswegen brauchen sich doch die Gewerkschaftsvorstände keine Feder an den Gut zu stellen, daß sie damals mit den Feldern der Mitglieder die Not der Zeit mit Rücksichtnahme lindern zu können glaubten. Statt solcher Illusionen hätten sie das Uebel an der Wurzel fassen müssen, um den Weltkrieg selbst zu befeigen. Eigenartig lautet es an, aus dem Munde Legiens das Wort

Revolution zu hören. Ich glaube nicht, daß er während des Krieges mitgeholfen hat, das Triebrod der Geschichte im Sinne des Sozialismus durch aktives Handeln vorwärts zu treiben. Wenn der Weltkrieg durch eine Revolution zusammengebrochen wäre, dann hätte das deutsche Proletariat nicht schlechter, sondern weit besser dagestanden als heute. (Zuruf: Hypothese!) Die Millionen Toter, das ausgehungerte Volk hätten wir dann in diesem Umfang nicht aufzuweisen. Eine scharfe Darstellung Legiens ist es, daß die Sozialdemokraten aller Länder zu ihrem Lande gestanden hätten. Ich erinnere an die Italiener, die Serben, Rumänen, Bulgaren. In der Theorie sagt Legien, wir müssen die Arbeiter gefund an Körper und Geist halten. In der Praxis hat die Legien'sche Politik aber zu den Millionen Toten, Krüppeln und ausgehungerten Volksgenossen geführt. (Lebhafte Zustimmung.) Natürlich hat er das nicht gewollt, aber es ist die praktische Folge seiner Politik. Wenn man auf die Stimmung des Volkes in den ersten Kriegsjahren hinweist: wer hat denn diese chauvinistische Stimmung immer wieder künstlich entzündet? Das waren doch neben den Bürgerlichen die Freunde aus eurer Mitte. Weber (Offenbach) hat hier angeführt, was Möller im Wahlkampf gegen mich geschrieben hat. Ich habe gleich am andern Tage dokumentarisch nachgewiesen, daß das Gegenteil von Möllers Darstellung richtig ist. Ich war schon damals der schärfste Gegner der Kriegspolitik. Trotz meiner Hochachtung vor dem Wissenschaftler Kautsky teile ich in verschiedenen Punkten seine Anschauung nicht. Spiegel kann die Tatsache nicht bestreiten, daß er die Verwaltungstellen aufgefördert hat, mit der Verbreitung der „Tatjachenbrochüre“ dem Generalkommando einen Gefallen zu tun. Es ist bezeichnend, daß Legien und Kummer halb hohnvoll von Butsch, Revolutionären und Revolutionsromantik gesprochen haben. Der Kapitalismus lag im November tatsächlich betäubt am Boden, und es ist traurig, daß man ihm seine Herrschaftsinstrumente wieder ausgeliefert hat. Der Sozialismus wird uns nicht zuteil durch die Stimmgabel, sondern durch den eisernen Willen eines zusammengeschweißten revolutionären Proletariats. (Zuruf: Rechts.) Es kommt nicht auf eine formale Einigkeit an, sondern auf die Einheit des Kampfeswillens. Der Sozialismus ist eine wirtschaftliche, ökonomische und gleichzeitig politische Frage. Wenn Kummer meint, erst Kinder und Kindeskinder könnten den Sozialismus genehmigen, so muß ich doch sagen, ihr traut eurer Kraft und der Kraft des Proletariats verdammt wenig zu. Keiner denkt daran, zu sagen, der Sozialismus kann bis zum letzten Neft in der tiefsten Grube verwirklicht werden. (Hört, hört! rechts.) Aber leider nimmt man den Sozialismus nicht in Angriff, indem man die dafür reifen Produktionszweige sozialisiert. Wenn man das im Bergbau, Verkehrswesen und vielen Zweigen der Metallindustrie getan hätte, dann hätten wir nicht die verzweifelte Stimmung der Arbeiter, die sich mit Recht betrogen und verraten fühlen. Wir haben nicht verlangt, daß Deutschland mit den russischen Bolschewisten zusammen einen neuen Krieg gegen die Entente führen sollte, aber wir verurteilen es, daß die sogenannte sozialistische Regierung bei der Entente bettelte, um den Krieg gegen den Bolschewismus wirksamer führen zu können. Wenn die deutsche Regierung den wirtschaftlichen Zusammenbruch mit Rußland herbeigeführt hätte, dann würden Deutschland und Rußland in einer ganz anderen Position der Entente gegenüber sein. Wenn Kummer behauptet, daß Kampfmittel, die mit Not und Hunger verbunden sind, nicht revolutionär seien, so vergißt er, daß alle wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats mit Not und Hunger verbunden gewesen sind und noch sind. Wir erstreben nicht eine Diktatur von Literaten, sondern die Diktatur des Proletariats soll sich aufbauen auf einem Realistischem, das den Willen der gesamten Arbeiterklasse verkörpert. Legien hat darin recht, daß er und ich schon seit 25 Jahren im Gegensatz stehen. Seitdem ich in einer Geheimfugung des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses von 1902 erfuhr, wie man den Klassenkampf charakter der Gewerkschaften abschwächen wollte, habe ich mich in schärfster Weise gegen jene Politik gewandt und ich bin stolz darauf. Die Gewerkschaften müssen ein Instrument des proletarischen Klassenkampfes sein und sie müssen mit der politischen Organisation zusammenmarschieren. Jetzt sind wir in einer Zeit, wo der wirtschaftliche und dem politischen Kampf zusammenfällt. Meine Resolution soll kein faules Kompromiß sein; unter dem sich jeder etwas anderes denken kann, sondern sie ist der kurze Niederlag unserer Auffassung. Wenn ich darin für die Mitgliedschaft ein größeres Selbstbestimmungsrecht fordere, so kann man darin keine versteckte Statutenänderung sehen. Wir wollen die Internationale zusammenschaffen für den revolutionären Kampf der Befreiung des Proletariats. Dann müssen wir aber auch zunächst in unserem Verband ganze Arbeit machen und dann ganze Arbeit bei der Internationale. Dann wird Wahrheit werden das Wort: Mit der Internationale wird die Menschheit sein. (Lebhafte Beifälle links.)

Reichel (Stuttgart) geht in seinem Schlußwort zunächst auf die kleineren Angelegenheiten ein, die in der Debatte eine Rolle spielten. Die Bevollmächtigtenkonferenz, deren Einberufung beantragt wurde, hat in vielen Fragen sehr klärend gewirkt, und durch sie konnte der Vorstand die Stimmung der Mitgliedschaft besser kennen lernen als wenn er an Stelle der bevorstehenden ordentlichen Generalversammlung eine außerordentliche einberufen hätte. Schäfers Darstellung über den Fall Fromm ist nicht ganz zutreffend. Ich habe mich dagegen gewandt, daß die Leipziger Kollegen Fromm nur unter demnütigen Bedingungen wiederwählen wollten. Der Vorstand hat tatsächlich ein Verfahren gegen Haas eingeleitet, aber auf Haas Einspruch hin mußte diese Angelegenheit der Dresdener Mitgliedschaft überlassen werden, die die Einleitung abgelehnt hat. Ich hätte es für richtiger gehalten, wenn durch ein Verfahren, bei dem beide Parteien gehört worden wären, die Sache klargestellt worden wäre. Das Verfahren gegen Fromm hat ja auch zur einstimmigen Freisprechung geführt. Melchers Behauptung gegenüber ist festzustellen, daß die Flugblätter gegen den Streik in Auftrage der württembergischen Regierung gedruckt wurden, die damals die Verbandsdruckerei beschlagnahmt hatte. Auf unsern Einspruch hin ist der Druck eingestellt worden, und es ist ein starkes Stück, wenn Melcher solche Anschuldigungen gegen uns erhebt, ohne sich vorher zu informieren. (Sehr wahr!) Wenn die Politik des Vorstandes dafür verantwortlich gemacht wird, daß in Rheinland-Westfalen sich syndikalistische Sonderorganisationen gebildet haben, dann könnte man mit demselben Recht vom Vorstand verlangen, daß er den Forderungen der Selbst entgegenkommt, die ja in demselben Gebiete früher die größte Rolle spielten. Wir verhandeln augenblicklich über eine Revision der Vereinbarung mit dem Eisenbahnerverband, weil wir in Zukunft auch die in den Eisenbahnerbetrieben beschäftigten Metallarbeiter für uns beanspruchen wollen. Der neue Vorstand wird diese Verhandlungen weiterführen müssen. Mit dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes, mit der Einführung der Arbeiterausschüsse in allen Betrieben war es erst möglich, der Organisation auch in den zurückgebliebensten Gegenden Deutschlands Eingang zu verschaffen. (Sehr richtig!) Von diesem Zeitpunkt an ist auch erst die Mitgliedszahl des Verbandes wieder gestiegen. Leider sind die Vorstände des Hilfsdienstgesetzes von der Mitgliedschaft nicht einmal richtig ausgenutzt worden. Die Resolution vom 9. November hat der Vorstand in der Einleitung seines bekannten Aufrufes als größtes geschichtliches Ereignis aller Zeiten gewürdigt. Er hat sich eingelassen auf die neuen Kräfte, die durch die Revolution nachgeworden sind. Als Saibach seine Erklärung in Amberg abgab, war die deutsche Delegation noch nicht anwesend. Sie war vor eine vollendete Tatsache gestellt. Saibachs Erklärung schloß in sich, daß Deutschland, also auch die deutsche Arbeiterkraft, die alleinige Schuld am Ausbruch des Weltkrieges trüge. Sagen wir, habe ich mich auf der Bevollmächtigtenkonferenz gewandt. Der Weltkrieg war eine Folge der Spannung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Es ist also geschichtlich falsch, wenn man lediglich einen Wille die Hauptschuld am Kriege zuschiebt. Vor einer Verbrüderung mit den Christlichen und Götze-Wunderschen durch die Arbeitsgemeinschaft oder einer Stärkung dieser Organisationen dadurch kann nicht die Rede sein. Des Weiteren ist richtig, wir haben durch die eingeschlagene Taktik der Fusion der Arbeiter zu unserer Organisation gefördert. Die Behauptung Dismanns, wenn im Kriege ein revolutionärer Vorstoß erfolgt wäre, dann wäre der Zusammenstoß nicht so entsetzlich geworden wie jetzt, ist eine Auffassung, die keine konkreten

Unterlagen hat. Auch war ein solcher Vorstoß damals, als die militärische Macht in Deutschland auf der Höhe stand, gar nicht möglich und hätte sehr leicht zu einer schweren Niederlage der deutschen Gewerkschaften führen können. Darum bleibe ich dabei, daß wir durch unsere Taktik den wahren Interessen der Arbeiterschaft wirksamer gebieten haben, als wenn wir uns zu einem revolutionären Vorstoß entschlossen hätten. Sowohl in Deutschland wie in Rußland konnte eine Revolution erst siegreich werden nach der Niederlage auf dem Kampffeld. Aber das Rätesystem haben wir im Jahrbuch dargelegt, daß nach unserer Auffassung das Prinzip der Demokratie in politischer Hinsicht feststeht und der politische Rätedemokratie verlagert hat. Mit der Entsendung einer Studienkommission nach Rußland und Ungarn bin ich durchaus einverstanden. Wenn man die dort gemachten Fehler vermeiden will, muß man die Dinge an der Quelle studieren. Dann mag später ein neuer Verbandstag zur Entscheidung dieser Frage einberufen werden. Der Vorwurf, daß mit der Sozialisierung noch nicht angefangen sei, richtet sich nicht gegen den Vorstand, sondern an andere Institutionen. Übrigens kann das Gesetz über die Elektrizitätsgewinnung, wenn es auch den Gedanken der Sozialisierung noch nicht richtig erfasst, doch der Ausgangspunkt einer großangelegten Sozialisierung eines der wichtigsten Zweige unserer künftigen Volkswirtschaft sein. In übrigen stellt sich der Hauptvorwand durchaus auf den Boden einer neuen Wirtschaftsform. Auch in den zur Sozialisierung noch nicht reifen Industrien wollen wir den Unternehmergewinn beschränkt wissen auf die Entschädigung der Leistung, die der einzelne Betriebsleiter für den Betrieb vollstetigt und für die Beseitigung der bisherigen Kapital- und Reichtumsbildung. Also wir sind durchaus dafür, daß unsere Volkswirtschaft auf die Basis der sozialistischen Gemeinwirtschaft gestellt wird, aber wir dürfen nicht außer acht lassen, daß wir viel stärker als Rußland in die Weltwirtschaft verstrickt sind. Die Sozialisierungspläne können nicht reiflos und ohne Mitbestimmungsrecht der obersten Leitung den Verwaltungen zur Verfügung bleiben. Auch die Statutenberatskommission hat sich einmütig auf diesen Standpunkt gestellt. Zu den Besonderen Angelegenheiten hat sich neuerdings wieder in Stettin ein typischer Fall abgespielt. Dort hat man den Angehörigen nicht einmal die ausreichende Redezeit zugestanden, um sich gegen die erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. (Hört, hört!) Ich richte die ernste Mahnung an die Versammlung, auf diesem Wege nicht fortzufahren, sondern Umkehr und Einkehr zu halten, sonst untergeben Sie die Grundlagen des Zusammenarbeitens im Verband, und das führt zur Auflösung der Organisation. Dann habe ich Ihnen einen Brief vorzutragen, den der Kollege Schlicke, der wegen wichtiger Amtsgeschäften nach Berlin abreisen mußte, an die Generalversammlung gerichtet hat:

**Kolleginnen, Kollegen!**  
Nach 28jähriger Tätigkeit scheidet sich von meiner Stellung als Verbandsvorsitzender. Ich tue dies mit gemischten Gefühlen, aber in Erfüllung meiner Pflicht. Daß mir der Abschied nicht leicht wird, brauche ich nicht zu erklären. Ich war dazu entschlossen, noch ehe die Mehrheitsverhältnisse der heutigen Generalversammlung feststanden. Die Entwicklung, die unser Verband genommen hat, machten es mir unmöglich, auch nur einen Teil der Verantwortung zu tragen, die das Amt des ersten Vorsitzenden verlangt. Ich scheidet in der Überzeugung, daß die jüngste Entwicklung des Verbandes unseren Mitgliedern nicht zum Vorteil gereicht. Nachdem aber das Wort die Macht über die Tat errungen hat, muß ich als aufrechter Mann, der zu sein ich mich stets bemüht habe, mich von euch trennen. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterbewegung wie jede Volksbewegung etwaige Fehler aus sich heraus berichtigt. Sie hat das bisher getan mit großen Opfern. Diese zu vermeiden, war mein aufrichtiges Bestreben.

Wir bedürfen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft jeder Kraft. Diese geht von der Arbeiterschaft aus und muß von ihr ausgehen. Darum ist die Einigkeit, die Geschlossenheit der Arbeiter erstes Gebot. Sie zu erreichen, war mir stets vornehmste Aufgabe. Ihr entgegenzuwirken schien mir stets als das größte Verbrechen an der Arbeiterschaft. Das ist es heute mehr denn je.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist mein Lebensinhalt. Die Vereinigung der Metallarbeiter, geistiger wie Handarbeiter, ist mein Ideal seit einem Menschenalter. Den Gedanken in die Massen geschleudert, ihn konsequent verfolgt und gepflegt zu haben, ist und bleibt mir Genugtuung.

Kolleginnen, Kollegen! Ihr steht vor schweren Aufgaben. Nur eure Einigkeit kann sie lösen. Wollt ihr euch Enttäuschungen sparen, stellt euch auf den Boden der Wirklichkeit. Laßt euch nicht blenden durch Worte, scheidet nicht aus die Stimme der Erfahrungen, die in der Verbandsleitung verkörpert ist. Erschwert dieser nicht ihre Aufgabe. Beurlaubt sie wie euch selbst.

Die Gewerkschaftsbewegung ist ihren Weg zwangsläufig gegangen, sie wird ihn weiter zwangsläufig gehen. Sie zieht die früheren Geister in ihren Bann. An der Praxis zerfällt jede ihr fremde Theorie. Als Gegner von Entschlüssen, denen die Macht zur Durchsetzung fehlt, habe ich stets vor ihnen gewarnt. Das ist der Gegenfuß in unseren Anschauungen. Ihn zu überbrücken, fühle ich mich zu schwach, besonders wo der Wille dazu zu fehlen scheint.

Darum trete ich in die Reihen der Mitglieder zurück, getragen von der Überzeugung, dadurch die der Metallarbeiterchaft so notwendige Einigkeit erhalten zu können. Alexander Schlicke.

Reichel führt dazu aus: Schlicke ist geistiger Führer der Metallarbeiter gewesen. Er hat an der Wiege des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gestanden und das Verbandsstatut ist in der Hauptsache sein Werk. Wenn er heute aus der führenden Stellung aus unserer Organisation ausscheidet, so gebietet es wohl die Gerechtigkeit, ihm für dieses Werk zu danken und ich glaube, daß ich das tun kann, ohne Widerspruch in dieser Versammlung zu finden. (Beifall.) Wir hoffen, daß er auch an der Stelle, an die er jetzt berufen ist, seine Kraft in den Dienst unserer Sache stellen wird. Wir alle hoffen, daß er sich auch ferner mit uns verbunden fühlen und daß er immer die Interessen der Metallarbeiter und des Metallarbeiter-Verbandes über alles stellen wird. (Beifälliger allseitiger Beifall.)

Namens der bisherigen Verbandsleitung stelle ich fest, daß sie gewillt ist, die neuen Formen unseres Wirtschaftslebens freudig zu bejahen und auch der Fügung der Arbeitermassen Rechnung zu tragen. Aber allein auf die augenblickliche Psyche der Arbeiter dürfen wir unsere Taktik nicht einstellen. Wir haben die Pflicht, da, wo die Kollegen zu falschen Mitteln und Maßnahmen greifen wollen, ihnen auf Grund unserer Erfahrungen warnend entgegenzutreten. Wir dürfen die Brücken, die von der Vergangenheit zur Gegenwart führen, nicht abbrechen, sondern wir müssen auf dem Boden der Tatsachen die soziale Revolution betreiben, die sich nicht mehr ausdrücken kann in gewöhnlichen Krisenformen, sondern in der organischen Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens. So werden wir nicht nur im Interesse unserer Mitglieder handeln, sondern im Interesse der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands und des arbeitenden Volkes in allen Ländern. (Beifälliger Beifall und Handklatschen.)

Vorsitzender Brandes (Magdeburg): Wenn Kollege Schlicke die Möglichkeit gehabt hätte, sich persönlich zu verabschieden, so hätten wir ihm gern herzlichste Abschiedsworte gewidmet, weil wir in ihm nicht nur einen Mann gekannt haben, der jahrzehntelang in der Arbeit für den Verband das denkbar Größte geleistet hat, sondern den wir auch schon gelernt haben als einen Vorsitzenden, der es verstand, mit den Mitgliedern auszukommen und der nicht den Diktator spielte. (Beifälliger Beifall.)

Dißmann (Frankfurt): Auch wir hätten gern dem Kollegen Schlicke von Person zu Person herzlichste Abschiedsworte gewidmet. Ich bedaure, das das nicht möglich ist, zumal in seinem Abschiedsschreiben auch ein Urteil enthalten ist, das abweicht von der Auffassung der großen Mehrheit des Verbandstages. Ich bin mit der vom Kollegen Schlicke vertretenen Auffassung im Laufe der Jahre

ernsthaft auseinandergelommen. Es kann den Kollegen Schlicke aber nur ehren, daß er als Mann zu seiner Auffassung steht, wie wir als Männer zu der unsrigen stehen. Ich gehöre zu den Mitglieberten, die mit dem Kollegen Schlicke jahrzehntelang zusammengearbeitet haben und ich erkenne durchaus an, was er in jahrzehntelanger Arbeit für die Metallarbeiterbewegung geleistet hat. Als Menschen, Kollegen und jahrzehntelangen Kampfgenossen reichen auch wir dem Kollegen Schlicke für die Zukunft die Hand, wenn ich auch das nicht unterschreiben kann, was Reichel über die Förderung unserer Interessen durch die jetzige Stellung Schlickes gesagt hat. (Beifall.)

Haas (Köln): Ich hätte gewünscht, daß nur ein einziger Redner dem Kollegen Schlicke gedankt haben würde im Namen aller Verbandsdelegierten, denn ich bin der Meinung, daß man dem ersten Vorsitzenden, der 28 Jahre die Organisation geleitet hat, nicht als Parteimann danken soll, sondern als Verbandskollegen. (Beifälliger Zustimmung.) Keiner von uns kann dem Kollegen Schlicke beistimmen, daß er alles, was in seiner Macht stand, für die Interessen der Metallarbeiter und des Metallarbeiter-Verbandes eingesetzt hat. Darin sind wir wohl alle ohne Unterschied der Fraktion vollkommen einig. (Allseitiger Beifall.) Darüber hinaus teile ich nicht die Auffassung des Kollegen Dißmann in seinen Schlussworten. Wir bebauern, daß Kollege Schlicke dem Verband verloren geht, freuen uns aber, daß aus unseren Reihen der Arbeitsminister für das Deutsche Reich gestellt worden ist. Wir glauben auf Grund unserer Anschauungen, daß wir unter allen Umständen in Schlicke einen Mann haben, der auch als Arbeitsminister die Interessen der Arbeiter wahrzt und gleichzeitig damit auch die Interessen der Metallarbeiter vertritt, damit wir aus der heutigen schweren wirtschaftlichen Not herauskommen. Wir glauben, daß nach der Richtung der Kollege Schlicke genau so seine Pflicht und Schlußfolgerung für die Arbeiter tun wird, wie er es als erster Vorsitzender unseres Verbandes getan hat. (Beifall.)

Es folgen dann noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Mary (Dresden) sucht aus dem Altematerial im Falle Haas nachzuweisen, daß die gegen Haas gerichteten Anschuldigungen sich als durchaus unbegründet erweisen haben.

Spiegel (Düsseldorf) erklärt, Dißmann sei über die Dinge betreffend die „Tatbestandsschüre“ wohl nicht genau informiert, sonst könnte er seine Vorwürfe nicht aufrechterhalten. Damit ist die Ansprache über den allgemeinen Teil des Vorstandsberichtes erledigt. Die Abstimmung über die Resolution Dißmann wird zurückgestellt bis nach Erlebigung der Referate über die Arbeitsgemeinschaft. Der Antrag des Ausschusses auf Entlastung für den Verbandskassier Werner wird einstimmig angenommen.

Eine lange Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich vor der Abstimmung über den Antrag auf Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung eines Wahlreglements. Haas (Köln) weist darauf hin, daß nach dem Statut die Ausarbeitung des Wahlreglements Sache des Vorstandes sei, der Antrag also eine Statutenänderung bedeute und seine Annahme daher nur mit Zweidrittelmehrheit erfolgen könne. Dißmann (Frankfurt) widerspricht dieser Auffassung, da die Arbeit der Kommission dem Vorstand als Material überwiegen werden könne. Das Büro entscheidet schließlich dahin, daß Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Für den Antrag werden 180, dagegen 130 Stimmen abgegeben. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht und der Antrag gilt als abgelehnt. Um 7 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

**Am nächsten Verhandlungstag**

würden zunächst die Referate über Arbeitsgemeinschaften und die fünfjährigen Aufgaben der Organisation entgegengenommen.

Berichterstatter Jernitz: Dem Vorstand ist wegen seiner Mitwirkung an der Gründung und dem weiteren Ausbau der Arbeitsgemeinschaften Verrat an den Arbeiterinteressen und eigenmächtiges und selbstherrliches Handeln vorgeworfen worden. Es ist aber falsch und bedeutet eine Täuschung der Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit, wenn behauptet wird, daß der Vorstand mit den Metallindustriellen bereits eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen, daß er selbstherrlich in dieser Sache gehandelt hätte. Wollen wir die Entstehung und Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft verfolgen, dann müssen wir ihre Vorläufer kennen. Die Vorläufer der heutigen Arbeitsgemeinschaft oder besser gesagt der Gemeinschaftsarbeit, sind die Kriegsauslässe. Ich erinnere an den Kriegsauslaß für die Metallindustrie Berlins. Das war eine Vereinbarung zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Verband Berliner Metallindustrieller. Die Aufgabe dieses Kriegsauslasses war, alle sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Differenzen zu schlichten und damit größere Konflikte zu unterbinden. Ihm folgten der Schiedshof in Sachen, die Schiedshöfe oder Schiedsgerichte, die Kriegsauslässe in Bayern und Württemberg. Alle diese Ausschüsse sind bei ihrem Entstehen paritätisch zusammengesetzt gewesen und haben ohne Unterschied der politischen Anschauungen im Interesse der Arbeiter gehandelt. Diese Kriegsauslässe wurden auch dann ganz allgemein von den Arbeitern zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen benutzt. Der Vorstand unseres Verbandes wandte sich in einem Schreiben vom 4. Mai 1915 an den Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller mit dem Ersuchen, in Verhandlungen einzutreten, um vor allem die aus dem Felde heimkehrenden Krieger, aber auch die Kriegsverletzten wieder in Arbeit zu bringen. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller antwortete ablehnend unter Hinweis darauf, daß er bereits bestimmte Richtlinien aufgestellt habe und daß deshalb die Mitwirkung der Gewerkschaften überflüssig sei. Auf Drängen eines erheblichen Teils unserer Verbandsmitglieder aus allen Bezirken und auf einer Reihe von Konferenzen und Besprechungen ist der Vorstand ersucht worden, dahin zu wirken, daß die in Berlin, in Sachsen, Bayern und Württemberg errichteten Schiedsgerichte usw. in allen Bezirken durchgeföhrt werden sollten. Wir haben nach der Richtung hin gewirkt und ich darf sagen, daß der Anfang der Arbeitsgemeinschaften in diesem Wirken, das im Auftrage und im Einverständnis eines großen Teils unserer Mitglieder erfolgte, liegt. Ferner stelle ich fest, daß der Verbandstag 1916 dem Vorstand die Richtung angegeben hat, die er für seine Amtsperiode einhalten soll. In der Sitzung des erweiterten Beirats am 28. und 29. Januar 1917 (M.-Ztg. Nr. 8/1917) wurde eine Entschlieung angenommen, in der es eingangs heißt:

„Die Umgestaltung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft macht die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter in ihren Zentral-, Bezirks- und Ortsorganisationen zur gebieterischen Notwendigkeit, wenn die Interessen der Arbeiter billige Berücksichtigung finden sollen. Die beste Lösung der Mitwirkung der Gewerkschaften ist in der Errichtung paritätisch zusammengesetzter Kommissionen (Arbeitsgemeinschaften) aus den Kreisen der Unternehmer- und Arbeiterverbände für die einzelnen Industriezweige gegeben. Solche Kommissionen sind daher für die Metallindustrie überall anzustreben.“

Ich betone, daß der erweiterte Beirat in Köln gewählt worden ist, um den Vorstand in allen wichtigen, das Gesamtinteresse des Verbandes berührenden Fragen mitzubestimmen. Im letzten Teil der erwähnten Entschlieung heißt es:

„Für die einzelnen Bezirke des Verbandes sind mit den Bezirks- und Unterverbänden des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller Vereinbarungen über die Dauer der tätigen oder wöchentlichen Arbeitszeit, über die Entlohnungslohnne, über die Akkordarbeit, die Bezahlung von Zuschlägen für Überzeit, Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit anzustreben, beziehungsweise die direkte Verhandlung von Organisation zu Organisation anzubahnen und weiter fortzubilden.“

Nach diesen Grundfahen und nach den Beschlüssen der Beiratskonferenz vom 28. und 29. Januar 1917 hat der Vorstand gearbeitet und hat versucht, die Fragen zur Lösung zu bringen. Nachdem der Vorstand auf ein abermaliges Schreiben vom Dezember 1917 an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller über die Errichtung solcher Kommissionen in allen Bezirken zur Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen eine ablehnende Antwort erhalten hatte, waren wir mit dem Kollegen Schlicke darin einig, daß Schlicke sein Amt und seine Stellung, die er seinerzeit in Berlin im Kriegsaus-

inne hatte, benutzen solle, um die Fäden mit den Unternehmern anzuknüpfen. Ein anderer bekannter Führer, Genosse Dr. August Müller, unternahm es, einige der hervorragendsten Führer der Unternehmernorganisation mit der Führern der Arbeiterorganisationen zusammen zu bringen und in einer zunächst ganz unverbindlichen Aussprache wurden die Fragen der zukünftigen Aufgaben, des zukünftigen Parteitommens der sich bis dahin feindlich gegenüberstehenden Parteien besprochen. Diese unverbindliche Besprechung führte dann zu einem Ergebnis, in dem zunächst die Grundbitten des zukünftigen Wirkens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen niedergelegt worden sind. In diesen Vereinbarungen, die zwischen den Vertretern der Spitzenverbände, also den Vertretern der hauptgewerkschaftlichen Organisationen und der Unternehmerverbände getroffen worden sind, sind die Grundfahen niedergelegt, die bisher in unserer Organisation üblich waren und die unter Berücksichtigung der besonderen Kriegsverhältnisse neu in der Generalversammlung angenommen und dem Vorstand zur Durchführung übertragen worden sind. Nicht sonderbar aber ist es, daß die Verwaltungskasse Berlin in ihrer Generalversammlung am 6. April 1919 eine Resolution annahm, in der folgende Stelle vorkommt:

„Mitglieder der Generalkommission und einige Verbandsvorstände, darunter auch Herr Schlicke, haben während der Novemberrevolution, gemeinsam mit den gefährlichsten Scharfschützen Stinnes, Höpeler, Jüngerberg u. a., eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die wir als gemeinsten Verrat an der Revolution bezeichnen müssen. Die Berliner Metallarbeiter sprechen diesen Männern ihre tiefste Verachtung aus und erwarten vom dem Gewerkschaftskongress auch hier die erforderliche Bestrafung der Schuldigen.“

(Sehr richtig! bei den Berlinern.) Es ist eine recht eigenartige Methode, in dieser Weise Stimmung gegen eine Institution zu machen, deren Grundzüge zunächst einmal festgelegt waren und sich ergeben aus dem Programm, das die gewerkschaftlichen Organisationen bisher ihr eigen genannt haben. Wenn in der Weise, wie das in der Berliner Resolution geschehen ist, nicht so sehr gegen die neu geschaffene Institution als gegen die Männer, gegen die Kollegen und Genossen, die dabei mitgemacht haben, Stimmung gemacht wird, so nur um zunächst die Personen zu treffen; sind die Personen genügend gekennzeichnet, dann hat man auch der Sache das Genick gebrochen. (Sehr wahr!) Der Verfasser dieser Resolution, Kollege Michard Müller, hat 10 Tage später gelegentlich einer Tagung in Berlin vor anderen Leuten als den Mitgliedern unseres Verbandes, auf dem dort tagenden deutschen Wirtschaftskongress, aus dem man sich auch mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft oder des Rätesystems beschäftigte, unter anderem folgendes gesagt: „Meine Damen und Herren, auch meinem schärfsten Gegner, mag er stehen, wo er will, habe ich noch niemals politische Unehrlichkeit vorgeworfen.“ (Hört, hört!) Also dem politischen Gegner Anerkennung der Ehrlichkeit, dem Kollegen, der jahrzehntelang seine Kraft der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat, der Vorwurf des Verrats und die Verachtung der Mitglieder. (Hört, hört!) Wo soll es hinkommen mit unserer Organisation, wenn wegen Meinungsverschiedenheiten jeder das Recht für sich beanspruchen wollte, in Mitglieder- und Generalversammlungen die Gegenseite des gemeinsten Verrats zu bezichtigen? Damit erweisen wir unserer Sache keinen Dienst. Dem Kollegen Müller und den Teilnehmern der Berliner Generalversammlung war bekannt, daß der Vorstand vom erweiterten Beirat beauftragt worden ist, mit den Unternehmern an dem weiteren Ausbau der Arbeitsgemeinschaft sich zu beteiligen. Diese ersten Vereinbarungen für die gemeinsame Arbeit zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen genügt natürlich nicht. Die Revolution hat auch nach der Richtung hin die Unternehmer zu einer anderen Stellung als sie bis zum November eingenommen haben, gezwungen. Aber selbst wenn die Revolution nicht gekommen wäre, waren mit dieser Vereinbarung lediglich die Grundzüge der gemeinsamen Arbeit niedergelegt, und es war den einzelnen Kontrahenten nach jeder Richtung möglich, diese Grundzüge auszubauen, in festere Formen zu bringen und je nach der Stärke und Kraft, die sie aufbringen konnten, im Interesse ihrer Mitglieder auszubehnen. Die Zentralleitungen der Arbeitsgemeinschaften haben dies Fundament benutzt und sind darüber hinaus in einer bestimmten Organisation gekommen. Es ist ein fundamentaler Unterschied zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem Rätesystem — ich weiß allerdings nicht welchem Rätesystem; ich kenne das Rätesystem, das der Kollege Müller vertritt, ich kenne das Rätesystem, das von einer Reihe anderer Theoretiker vertreten wird, das Rätesystem von Dr. Steiner, das Rätesystem der Demokraten, das Rätesystem des Zentralrats in Berlin, das Rätesystem, das eine Reihe Arbeiterräte kommunistischer Fakultät sich zueigen gemacht haben, also ein ganzes Sammelfurium von Systemen, aus denen sich bisher nicht ein bestimmtes System herauskristallisiert hat — in der henden. Der fundamentale Unterschied zwischen der Arbeitsgemeinschaft, die wir vertreten und an deren Ausbau und Organisation wir mitgewirkt haben und dem vom Kollegen Müller vertretenen Gedanken liegt darin, daß in dieser Arbeitsgemeinschaft alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen, alle bisherigen gewerkschaftlichen Aufgaben und zum großen Teil auch Aufgaben, die bisher außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften lagen, zwischen den Organisationen, gemeinsam durch paritätisch zusammengesetzte Institutionen beraten und zur Entscheidung gebracht werden sollen. Der Kollege Müller vertritt in seinem Rätesystem die Ansicht, daß unter Ausschaltung der Unternehmer ein Rätesystem aufgebaut werden muß, gegliedert nach Fach- und Industriezweigen, das die politischen und wirtschaftlichen Fragen zu lösen hat. Weg mit dem Parlament, ein neues Parlament, die Kammer der Arbeit aufgebaut! Das sind die fundamentalen Unterschiede zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem Rätesystem des Kollegen Müller. Die Arbeitsgemeinschaften sind — das hat Lenin gelehrt mit wenig Worten ganz klar bezeichnet — keine neuen Wege, sondern die logische Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Arbeit, der gewerkschaftlichen Politik, nicht der gewerkschaftlichen Kriegspolitik. Die Träger der Arbeitsgemeinschaften, die zur Lösung aller sozialen und wirtschaftlichen Fragen in paritätischen Kommissionen herangezogen werden sollen, sollen die gewerkschaftlichen und Unternehmernorganisationen werden. Bisher haben wir den Standpunkt vertreten, daß nur derjenige ein Recht auf die Solidarität anderer hat, der gleichfalls Solidarität den anderen gegenüber übt. Wir standen auf dem Standpunkt: wer außerhalb der großen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen steht, bringt dadurch zum Ausdruck, daß er ebensowenig mit den Gewerkschaften wie mit den politischen Interessengruppen etwas zu tun haben will, er will also die Vertretung seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen selbst in die Hand nehmen. Die Gewerkschaft, überhaupt jede Organisation, will aber die Kräfte zusammenfassen, um aus der individuellen Vertretung wirtschaftlicher und politischer Interessen eine kollektive Vertretung dieser Interessen zu machen. Deshalb ist der erste Grundgedanke für den Aufbau der Arbeitsgemeinschaften, daß zur Wahl für die aus den Arbeitsgemeinschaften sich ergebenden weiteren Unterstellungen als Wahlkörper nur die den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen angeschlossenen Mitglieder gelten können, denn nur diese haben ein Recht auf eine kollektive Vertretung ihrer Interessen.

Die Verhandlungen über den weiteren Ausbau und die Organisation der Arbeitsgemeinschaften haben schließlich zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Der Redner erläuterte im einzelnen an einer graphischen Darstellung den Aufbau der Arbeitsgemeinschaften. Die entscheidende Frage ist nicht die Form des Aufbaus, sondern: will man überhaupt Arbeitsgemeinschaften oder will man ein anderes System zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter aufbauen? Ich vertritt den Standpunkt, daß wir zur Arbeitsgemeinschaft kommen müssen und kommen werden. Durch unsere ganzen gewerkschaftlichen Kämpfe hat sich wie ein roter Faden der Gedanke gezogen, zunächst das Ziel zu erreichen: Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen als gleichberechtigte Faktoren bei der Festlegung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Jahrzehntelang haben die Gewerkschaften für die Anerkennung ihrer Organisationen gekämpft, schwere Opfer dafür gebracht. Noch kurz vor Kriegsausbruch war es dem Metallarbeiter-Verband und den übrigen in der Metallindustrie vorhandenen Organisationen nicht gelungen, ihre

Die Verhandlungen über den weiteren Ausbau und die Organisation der Arbeitsgemeinschaften haben schließlich zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Der Redner erläuterte im einzelnen an einer graphischen Darstellung den Aufbau der Arbeitsgemeinschaften. Die entscheidende Frage ist nicht die Form des Aufbaus, sondern: will man überhaupt Arbeitsgemeinschaften oder will man ein anderes System zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter aufbauen? Ich vertritt den Standpunkt, daß wir zur Arbeitsgemeinschaft kommen müssen und kommen werden. Durch unsere ganzen gewerkschaftlichen Kämpfe hat sich wie ein roter Faden der Gedanke gezogen, zunächst das Ziel zu erreichen: Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen als gleichberechtigte Faktoren bei der Festlegung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Jahrzehntelang haben die Gewerkschaften für die Anerkennung ihrer Organisationen gekämpft, schwere Opfer dafür gebracht. Noch kurz vor Kriegsausbruch war es dem Metallarbeiter-Verband und den übrigen in der Metallindustrie vorhandenen Organisationen nicht gelungen, ihre

Gegner, die Unternehmerverbände, in der Metallindustrie zu kontraktualistischen Verhandlungen zu zwingen, die Arbeiterorganisation als einen gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anzuerkennen. Dies Ziel ist jetzt erreicht worden. Wir erkennen also eine ganz grundsätzliche Politik: das Bestreben der Arbeiterklasse, im Wirtschaftskampf die Rolle zu spielen, die der Bedeutung der Arbeiterklasse im Wirtschaftskampf entspricht. Es ist deshalb falsch, wenn davon geredet wird, daß die Gewerkschaften durch ihre Zusammenarbeit mit den Unternehmern das Unternehmertum oder den Kapitalismus wieder in den Sattel heben. Kollegen, es macht sich jeder seine eigene Meinung über den angeblichen Zusammenbruch des Kapitalismus. Ich habe in diesen Tagen auch aus den Reihen des Genossen Dismann und fast allen Reden der Opposition herausgehört: der Kapitalismus ist ja gar nicht vernichtet, er steht noch in voller Blüte, er hat noch Kraft genug, um die Arbeiterklasse in ihren Bestrebungen zu hindern. Es macht sich jeder seine eigenen Gedanken über den Zusammenbruch oder, wie Dismann meinte, betäubten Kapitalismus, und ich habe am 8. und 9. November und später überall, wo ich Gelegenheit dazu hatte, erklärt, daß es eine Einbildung ist, wenn man glaubt, daß durch die Revolution in Deutschland oder in Rußland der Kapitalismus und damit das kapitalistische Wirtschaftssystem zusammengebrochen ist. Es ist eine Selbsttäuschung, wenn man sich dieser Täuschung hingibt (Sehr richtig!), und nun sucht man sich aus dieser Täuschung damit herauszuwinden, oder man gibt sich einer weiteren Täuschung hin, indem man erklärt: Ja, am 8. und 9. November hat die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe nicht erfüllt, sie hat die Kapitalisten nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet und daran sind die Verhandlungen zur Gründung der Arbeitergemeinschaft schuld. Kollegen, das ist eine Täuschung! Schauen wir hinterher nach den Ententeländern. Schauen wir uns im eigenen Lande um und wir finden, daß der Kapitalismus, nicht das Kapital, sondern der Kapitalismus an sich keineswegs zerstückelt oder betäubt am Boden liegt. Er besteht und er wird meiner Auffassung nach noch lange bestehen. Er wird, auch wenn die Arbeitergemeinschaft abgelehnt wird, nicht beseitigt sein. (Sehr richtig!) Zuruf: Weil er international ist! Jawohl. Wir haben ja auch als Gewerkschaften immer den Standpunkt vertreten, es kann der deutschen Arbeiterklasse kaum etwas nützen, wenn sie als einziges industrielles Volk, wie es in der Weltwirtschaft eingegliedert ist, sich nun einbildet, eine sozialistische Weltwirtschaft aufbauen zu können. Eine sozialistische Weltwirtschaft halte ich für einen kompletten Unsinn. (Sehr gut!) Karl Marx spricht von einem Kulminationspunkt des Kapitalismus, auf dem ihm die Hölle zu eng wird und er selbst die Hölle freilegt. Ist dieser Kulminationspunkt erreicht, so daß man mit dem Mittel der Weltrevolution die Weltwirtschaft in eine sozialistische umwandeln könnte? Ich behaupte: nein. Auch Dismann wie seine Parteifreunde Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Parteifreunde des Kollegen Müller (Stremmen) haben in ihren Schriften und Reden darauf hingewiesen: die kapitalistische Privatwirtschaft kann nur durch eine Weltrevolution beseitigt werden. Es ist ein Unsinn, wenn sich die deutsche Arbeiterklasse einbildet, daß sie, ohne die übrigen industriell entwickelten Länder mit in Betracht zu ziehen, aus sich heraus in Deutschland eine sozialistische Wirtschaft aufbauen kann. Wir leben nicht in einer Oase, wir können unsere Wirtschaft nicht abtrennen vom Weltmarkt, sondern wir sind ein Glied und ein nicht allzu geringes Glied in der Weltwirtschaft. Deshalb ist es ein Grundvertrauen, wenn man meint, daß die deutsche Arbeiterklasse allein in der Lage wäre, durch Schaffung eines anderen Systems als des parlamentarischen nunmehr die Weltrevolution vorbereiten zu können, um aus dieser Weltrevolution die Befreiung der Arbeiterklasse als Ergebnis zu haben. (Dismann: Vorangehen!) Vorangegangen sind wir immer. Unsere Freunde aus dem Ausland haben nacheinander erklärt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter, ihre Beschlüsse und ihre Taten für sie immer vorbildlich gewesen sind. Auch auf früheren Kongressen haben unsere ausländischen Freunde uns immer liebenswürdige Anerkennung gezollt und wir haben ihnen tosenden Beifall gesendet. War das Heuchelei von uns oder von unseren Gästen? Nein, ich glaube, die deutsche Arbeiterklasse hat ein Recht darauf, als die Organisatoren der Arbeit anerkannt zu werden. Es ist also falsch, wenn wir durch ein anderes System der politischen und wirtschaftlichen Interessenvertretung glauben schneller die Arbeiterklasse aus den Klauen des Kapitalismus befreien zu können. Nach den fundamentalen Grundfragen, die uns der wissenschaftliche Sozialismus lehrt, ist Sozialismus die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen einiger Kapitalisten in den Besitz der Gemeinschaft. Ich kann durch ein Dekret, durch eine Verordnung, durch ein Gesetz Maschinen, Gebäude, Grundstücke dem Besitzer entziehen, ich kann ihn enteignen, kann den Kapitalbesitz dem Gemeinwesen enteignen und in der Besitz der Allgemeinheit überführen. Aber ist dann der Sozialismus da? Ich antworte: nein. Nicht minder wichtig wie die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit ist, daß sich das Volk klar darüber ist: Was ist Sozialismus? (Sehr richtig!) Es genügt nicht, die technischen Hilfsmittel, die Bauteile in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen. Ich kann nicht mit einem Dekret, einem Gesetz, einer Verordnung Herzen und Hirne beschlagnehmen. Sie folgen eigenen Gesetzen. Deshalb ist es auch ein Trugschluss, wenn man meint, daß die Massen, die seit der Revolution den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zugeflüchtet sind, nun mit einem Male für den Sozialismus gewonnen sind. Kollegen, wir streiten uns ja noch in unseren eigenen Reihen, wir, die wir seit 25 Jahren miteinander und nebeneinander gearbeitet haben, um die Form der Bewirtlichung des Sozialismus, und da bildest du dir ein, lieber Dismann, daß du nun mit einer kräftig mit Phrasen gespickten Rede, und der Aufforderung an die Massen, sich uns anzuschließen, erreichen wirst, daß sie in hellen Scharen dieser Parole folgen. Ich könnte aus meiner Praxis vom November bis heute Tag für Tag beweisen, wie weit die Arbeiterklasse davon entfernt ist, die Idee des Sozialismus in sich aufzunehmen. (Gute Schluß!) Darüber wollen wir nicht streiten, wer schuld daran ist. Wir fühlen uns jedenfalls ungeschuldig. Wir sind überzeugt, daß unsere Erziehungsmaßnahmen und der Weg, den wir gehen, richtiger zum Sozialismus führt als der Weg, den Sie gehen. Also, ich bin der Meinung, daß die Arbeitergemeinschaft der geeignete Weg für die nächste Zukunft ist, die bisherige gewerkschaftliche Arbeit fortzusetzen, und zwar nicht nur in dem Umfang, wie wir bisher unsere Arbeiten erledigt haben, sondern der Aufgabenteil, der uns durch die Arbeitergemeinschaft zufällt ist ungeheuer groß. Der Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft kann nur unter Aufsicht aller Kräfte erfolgen. Heute haben wir noch nicht alle Kräfte hinter uns, die zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nötig sind, es fehlen noch ungezählte Willkoren ausserhalb unserer Reihen, wir können uns auf unsere jetzigen Kräfte auch nicht in jedem Falle verlassen.

Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die Arbeitergemeinschaft geeignet sei, den Klassenkampf zu vernichten, die Arbeiter davon zu hindern, ihre politischen Ideale und Ziele durchzusetzen. Nein, sie sind ein Mittel, um Gegenwartsarbeit zu erledigen. Es ist weiter falsch, wenn man sich der Auffassung hingibt, mit politischen Reichstagen könne man einen Zwang auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens ausüben. Die politische Macht kann wohl den Wirtschaftlichen Ziel und Richtung geben, aber es muß zuvor gemacht werden, diesen Zwang auf das Wirtschaftliche zu übertragen. Die Erfahrung lehrt uns, daß die Wirtschaft ihre eigene Wege geht. Ich glaube heute noch einen Arbeiterart zu sein, wenn man sagen darf, daß der Wirtschaftskampf heute selbst seine Wege und Wenden bei Ihren Parteifreunden gefunden hat. Ich weiß nicht, ob ich mich darüber mehr freuen oder ärgern soll. (Heiterkeit.)

Nun noch einige Bemerkungen über die Rücklagen und Folgen, die die Stellung des Metallarbeiter-Verbandes zur Arbeitergemeinschaft auslösen in der Lage ist. Sie Freiheit schreibt am 18. Oktober: Die Abhängigkeit der Arbeitergemeinschaft durch den Metallarbeiter-Verband besteht aus dem Bruch mit dem Gewerkschaftsbund, der sich auf die Arbeitergemeinschaft freigelegt hat. Der Metallarbeiter-Verband als führende Gewerkschaft muß logischerweise den Bund verlassen. Aber weiter würde dahingehört auch die weitere Bewirtlichung der Arbeitergemeinschaft zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverbänden zerstört, denn die Arbeitergemeinschaft der Metallindustrie ist das stärkste Glied der Arbeitergemeinschaften der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Dann wird weiter gefolgert, daß der Beschluß des Metallarbeiter-Verbandes, sich an der Arbeitergemeinschaft nicht zu beteiligen, ganz naturgemäß auf die anderen Organisationen übertragen wird und „damit der deutsche Gewerkschaftsbund aufliegt, weil er ja der Träger der Arbeitergemeinschaft im allgemeinen ist“. Kollegen! Wer sich von dem Gedanken der Solidarität leiten läßt und darauf seine Zukunftspläne aufbaut, der kann unmöglich — gestatten Sie mir den Ausdruck — in politischer Verblendung dazu die Hand bieten, das stolze Gebäude der deutschen Gewerkschaften zu zertrümmern und zu zerstören. (Dismann: Wer will denn das?) Kollege Dismann, Du hast ja selbst erklärt, daß die ganze Öffentlichkeit auf die Beschlüsse des Verbandes der Metallarbeiter blickt, daß dieser Verbandstag von entscheidender Bedeutung für die Kämpfe der Zukunft werden soll. (Sehr richtig!) Und hier wird gesagt, die Folge, daß die Arbeitergemeinschaft abgelehnt wird, ist, daß der Metallarbeiter-Verband aus dem Gewerkschaftsbund austritt. (Rufe bei der Mehrheit: Nein, das braucht er nicht, das wollen wir nicht!) Ich führe hier an, was die „Freiheit“ schreibt, ich sage ja nicht, Ihr sagt das, sondern was die Freiheit daraus folgert. Diese Schlussfolgerung wird auch nicht von den sozialen wirtschaftlichen Verhältnissen aus gezogen, sondern von vorgefaßter politischer Meinung. Ich bin sogar der Auffassung: von blinder Wut gegen unsere bisherige Taktik. — „Stellt sich der Verbandstag auf den Boden des Ratesystems — und niemand zweifelt daran — dann muß auch die alte Berufsorganisation der Metallarbeiter in einen revolutionären Industrieverband umgebaut werden.“ (Sehr richtig!) Wenn Sie das für richtig halten, dann seien Sie sich klar darüber, daß zur Durchführung Ihrer Pläne allerdings die Arbeitergemeinschaft nicht geeignet ist. Die Arbeitergemeinschaft kann nach ihrer Zusammenfassung nicht revolutionär wirken. (Sehr gut!) Sie kann aber den Weg der Erziehung zur Übernahme unserer Wirtschaft in eine sozialistische vorbereiten. Sie ist der Weg, das Mittel, um die Arbeitergemeinschaft in das freie Getriebe unseres Wirtschaftslebens hineinzuführen, damit, wenn die kapitalistische Gesellschaft abgelöst wird, wenn sie zum Sozialismus reif ist, die geistigen Voraussetzungen zur Übernahme der sozialistischen Wirtschaft beim deutschen Volke vorhanden ist, was heute nicht der Fall ist. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß der Metallarbeiter-Verband für seine nächste Zukunft gar keinen anderen Weg wählen kann, als den Weg der Arbeitergemeinschaft. Wir haben uns am Dienstag über den Metallarbeiterstreik in Berlin unterhalten, und heute kommt die gewis für mich angenehme Stunde, der Streik sei beigelegt. Ob die Preisregelung richtig ist, weiß ich nicht, ich habe aber aus den Fragen entnommen, daß, wenn es Tatsache wäre, eine gewisse Erleichterung und Befreiung darin läge. Wir kämpfen also nicht des Kampfes wegen, wir kämpfen bestimmter Ziele und Zwecke wegen. Und wir müssen uns in unserem Metallarbeiter-Verband auf einer Linie treffen, auf der wir gemeinsame Ziele und Zwecke verfolgen und durch die gewerkschaftlichen Kräfte erreichen können. Weichen wir von diesem Wege ab, dann ist die Zertrümmerung und Spaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unausbleiblich. (Zuruf: Warum?) Weil sich ein erheblicher Teil der Metallarbeiter mit den Problemen, die Sie in die Arbeitergemeinschaft hineintragen haben und weiter hineintragen wollen, nicht befassen wird und kann. Also, ich wiederhole, die Arbeitergemeinschaften sind unserer Meinung nach der Weg, den der Metallarbeiter-Verband für die nächste Zukunft beschreiten muß. Ich zweifle keinen Augenblick daran, selbst wenn Sie sie ablehnen, werden Sie die harten Tatsachen zwingen, mit den Unternehmern über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. (Dismann: Wer befreit denn das?) Aber, lieber Dismann, ich habe auf diesen Zwischenruf gemerkt. Was hindert uns, wenn wir mit den Unternehmern gemeinsam auch über die Verteilung der Rohstoffe, über die handelspolitischen Fragen, über sozialpolitische Fragen, über Innens- und Außenhandel, über die Produktion, über die Produktivität der einzelnen Betriebe in sachlich und beruflich gegliederten Organen oder Gruppen gemeinsam beraten, diese Fragen regeln? Zunächst unter uns, dann mit den Unternehmern zusammen, letzten Endes die Gesamtindustrie im Reichswirtschaftsrat. Wenn wir alle diese Fragen mit den Unternehmern gemeinsam verhandeln, dann sollten wir uns schämen, dann wäre es Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse? Diesen Gegenstand kann ich nicht lösen. Die Unternehmer haben uns früher die Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben versagt. Jetzt haben wir sie. Und ich kann nicht anders, als zu sagen, es scheint mir, als wenn Sie Furcht vor Ihrer eigenen Courage haben. (Sehr gut!) Als wenn Sie sich jetzt nicht getrauen, diese Fragen mit den Unternehmern zusammen zu lösen, deren Lösung wir jahrelang als die notwendige Vorbedingung und Voraussetzung des Arbeitens gefordert haben. (Zuruf: Da sind wir ja dabei!) Wir lösen sie nicht damit, wenn wir in Handzetteln Sabotage empfehlen. Sollte die revolutionäre Wucht der Worte — da komme ich mit Schläge überein — die Macht über den Verband und das klare Urteil gewinnen, dann werden wir noch recht lange auf die Verwirklichung unserer Ziele warten müssen. Ich bin daher der Meinung, daß mit der Arbeitergemeinschaft die Arbeiterklasse nicht nur die Möglichkeit hat, tiefer einzudringen in das Getriebe unserer Wirtschaft, die außenpolitischen und handelspolitischen Beziehungen kennen zu lernen, sondern daß damit die Möglichkeit gegeben wird, den Weg zum Ziele des Sozialismus zu verwirklichen. Das ist meiner Auffassung nach ein viel richtigerer Weg, dieser Weg der Gewalt, als wenn wir mit Gewalt versuchen, ein System anzupropfen, das beim deutschen Volke großen Widerstand auslöst. Damit fürca wir die Triebkräfte unserer Wirtschaftslebens und kommen zur Rahmlegung unserer Industrie. Also überzeugen Sie sich tühl und mächtig, ehe Sie zu einer Entscheidung kommen, die nicht nur dem Metallarbeiter-Verband, sondern der gesamten deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse zum Verhängnis werden kann. Ich bitte Sie, den Vorstand zu beauftragen, in der Arbeitergemeinschaft mitzuarbeiten, sie weiter anzubahnen. Nehmen Sie das ab, dann tragen Sie für die Folgen, die daraus entstehen, die Verantwortung. Ich lege keine Resolution vor, weil ich der Auffassung bin, es sind genügend Resolutionen vorgelegt worden und weil eine Resolution nicht die Tat ist. (Behäufiger Beifall bei der Minderheit.)

Als Korrespondent nimmt das Wort Richard Müller (Berlin): Alexander Schilde sagt in seinem Abschiedsbrief: Stellt Euch auf den Boden der Wirklichkeit! Ich sage hinzu: Verlaßt nicht die Grundfrage des Sozialismus! Jernidee in seinem Referat und der Vorstand in seinem Bericht haben bei der Besprechung der Arbeitergemeinschaften nur Auserwählten berührt, aber das tiefere Wesen nicht durchdringt und erläutert. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen der Arbeiterklasse ihr Verhalten auf. (Sehr richtig!) Ich schäme die Selbstopferteilung Deutschlands auf weit über 400 Milliarden. Dazu kommen noch die ungeheuren Beträge an Arbeitswerten, an Sozialleistungen, an Wohlfühlleistungen und schließlich auch an ideellen Gütern, die gar nicht zu ermessen sind. Das deutsche Volk ist verarmt und steht heute am Grabe seiner Kultur. Wir müssen uns fragen, wie unser Volk wieder gesund werden kann, und wir die verlorenen materiellen und geistigen Güter wieder gewinnen und unser Volk einer höheren Reichheitskultur entgegenführen können. Auf unserem Verbandstag trugen zwei Auffassungen um die Macht, die beide das Beste für unser Volk wollen. Ich binne mit dem Vorstand darin überein, daß wir rationell arbeiten und jede Vergewaltigung von Arbeiterkräften und Rohstoffen vermeiden müssen unter möglicher Schonung der menschlichen Arbeitskraft. Weiter frinne ich ihm darin zu, wenn er jetzt Unternehmern Lona und darf es in Zukunft nicht mehr geben, wir müssen unsere Gesamtwirtschaft auf eine andere Grundlage stellen und jetzt hat der Gewerkschaftsbund praktisch zu bezeugen, daß er die höhere Form der Güterverteilung und der politischen Organisation der menschlichen Gesellschaft ist. Wenn der Vorstand das anerkennt, dann muß er auch geben, daß unsere Organisation jetzt aus überaus begrenzten Wirkungskreis herauszutreten und sich größeren Aufgaben zuwenden muß. Die erwähnten, vom Vorstand und mir angestellten Ziele sind nämlich schon politische Aufgaben und unsere Organisation war bisher nicht auf diesen Kampf

eingestellt, sondern führte nur wirtschaftliche Kämpfe. Wollen wir wie es der Vorstand will, die Beseitigung der Unternehmerrücklagen der kapitalistischen Gesellschaft erreichen, dann müssen wir die Organisation zu einer wahrhaft revolutionären Kampforganisation ausbauen. Wir wissen, daß die vielen Streiks, die jetzt im ganzen Reich ausbrechen, nicht von Wählern und Gehern verursacht sind, sondern daß sich in ihnen ein politisches Moment offenbart. Die Arbeiterklasse erkennt, daß sie durch ihre Arbeitskraft, durch erneute Ausbeutung wiederum den kapitalistischen Staat aufrichten soll. Es ist eine sozialistische Grundwahrheit, daß der natürliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu Klassenkämpfen führen muß. Wenn ein Verband aber mit dem Unternehmertum in das friedlich-schieflische Verhältnis der Arbeitergemeinschaft tritt, dann entleert er sich der Charaktere einer Klassenkampforganisation. Wer glaubt, den Klassenkampf abzumildern oder aufzuheben durch Verhandlungen, durch ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren oder durch Bildung von Arbeitergemeinschaften, der kann nicht mehr als Sozialist bezeichnet werden. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise muß auch eine Klassenkampforganisation mit den Unternehmern wie und da Vereinbarungen abschließen, aber diese Vereinbarung darf höchstens ein Waffenstillstandsvertrag sein. Nach den Erfahrungen, die das Handbuch des Vorstandes über die Aufgaben der Arbeitergemeinschaft gibt, soll diese Arbeitergemeinschaft aber Gegenfähr, die aus Wirtschaft- und sozialen Fragen entstehen, ausgleichen und schlichten, sie soll also die Klassengegensätze ausgleichen und schlichten. Wer das für nötig und richtig hält, kann nicht mehr als Sozialist bezeichnet werden. (Sehr richtig! links.) Denn der Sozialismus lehrt uns, daß es einen Ausgleich der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital niemals geben kann. Die Kollektivverträge, die durch die Arbeitergemeinschaft abgeschlossen werden sollten, schalten während ihrer Geltung tatsächlich das Streikrecht des Arbeiters aus. Dann bleibt die Erklärung, daß wir trotzdem eine Klassenkampforganisation sind, nichts weiter als: eine leere Phrase. Die Ideologie der gelben Organisationen ist von den Vertretern der Arbeitergemeinschaft übernommen worden. Wenn man die Satzungen des gelben Werkereinsbundes mit den Richtlinien der Arbeitergemeinschaft vergleicht, so findet sich eine fast wörtliche Übereinstimmung. (Hört, hört links.) Auch die Gelben erkennen das Streikrecht an, aber ebenso wie die Arbeitergemeinschaft sagen sie, daß nur im allernotwendigsten Fall gestreikt werden darf. Der Gedanke des friedlich-schieflischen Zusammenarbeitens mit den Unternehmern liegt auch der gelben Bewegung zugrunde. Unter den Freunden von Rechts sind schon viele, die der Meinung sind, den Arbeitern könnte es sehr gut gehen, wenn wir erst die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgerichtet haben. Die Anhänger der Arbeitergemeinschaft glauben, wir könnten unsere zusammengebrochene Wirtschaft nur wieder aufrichten durch gemeinsames Zusammenarbeiten zwischen Arbeit und Kapital. Wir sagen aber, durch ein beratiges Zusammenarbeiten würde letzten Endes das geschwächte kapitalistische System wieder aufgerichtet werden. Die Arbeitergemeinschaften wollen zwar die Produktion steigern, aber sie sorgen nicht dafür, daß der Unternehmer keinen Übergewinn vom Produktionsvertrage einsteckt. Sie sorgen dafür, daß recht viel Wert geschaffen und vor den Geldschrank des Unternehmers gebracht werden und dann hört ihre Tätigkeit auf und der Unternehmer verfügt allein über diese Werte. Das kann der Vorstand nicht verantworten, wenn er wirklich die Beseitigung des Unternehmerrückgewinns will. Daß die Unternehmerrückgewinne weggekauert werden, wird wohl niemand ernsthaft von der Nationalversammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung erwarten. Daß die soziale Lage der Arbeiter nicht durch die Schlichtungsausschüsse verbessert wird, beweist ja der Jahresbericht 1918, wo ausgeführt wird, daß auch in den 10% Monaten des Jahres 1918 eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse eingetreten ist, obwohl doch die Schlichtungsausschüsse schon seit 1916 bestehen. Wir müssen die Arbeitergemeinschaften ablehnen, denn sie sind bestimmt, den Klassenkampf zu unterdrücken und sie wirken dahin, das Kapital zu stärken und den Unternehmern den Gewinn zu sichern. Im Stadium einer sozialen Revolution, in der wir tatsächlich wirken, werden derartige Arbeitergemeinschaften konterrevolutionär. Die vielgerühmte Parität der Arbeitergemeinschaften sieht eigentlich aus, wenn wir berücksichtigen, daß in unserer Arbeitergemeinschaft neben neun Vertretern der freien Gewerkschaften drei Christliche und zwei Hirsch-Dundersche Vertreter sitzen, die sich in entscheidenden Fragen immer auf die Seite des Kapitals schlagen und schägend vor den Geldschrank der Unternehmer treten werden. (Sehr richtig! links.) Wenn Jernidee auf die Kriegsausschüsse als Vorläufer der Arbeitergemeinschaften verwies, so sind viele Arbeiter der Meinung, daß diese Ausschüsse uns keine Verbesserung gebracht haben. (Sehr richtig! links.) Was Schilde in seinem Vortrag auf der Generalversammlung von 1915 forderte, ist durch die Arbeitergemeinschaft wahrhaftig nicht verwirklicht worden und an Schildes Vortrag wurde schon in Köln Kritik geübt. Die Entstehung der Arbeitergemeinschaften ist in Wirklichkeit auf die Initiative der Unternehmer zurückzuführen. (Sehr richtig! links.) Der Geschäftsführer des Verbandes der Eisen- und Stahlindustriellen, Dr. Reichert, hat in einem Vortrag zugegeben, daß im Oktober 1918 die Unternehmer vor der Frage standen, wie sie sich vor der drohenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution retten könnten. Als einzige Rettung sahen sie damals die freien Gewerkschaften an. Herr Hugo Stinnes hielt in Berlin mit den Gewerkschaftsführern eine Sitzung ab, an der auch unser früherer Vorstandsmitglied teilnahm und in dieser Sitzung wurden die Vereinbarungen vom 5. November festgelegt. Am 11. November, zwei Tage nach Ausbruch der Revolution, mit der wir die kapitalistische Gesellschaft beseitigen wollten, berieten die Vertreter der Gewerkschaften mit den Unternehmern eine Vorlage, die alle andere, nur nicht die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft befreuten kann. Man muß wohl annehmen, daß unsere Gewerkschaftsführer den 9. November verschlafen haben. (Sehr richtig! links.) Sie haben nicht einmal zwei Tage nach Ausbruch der Revolution verstanden, den Unternehmern ein reißendes Fallentlassen der Gelben abzuwürgen. Unter diesen Umständen kann ich von der in Berlin gefassten Resolution nicht ein Wort zurücknehmen, denn ich betrachte diese Handlung der Gewerkschaftsführer am 11. November als einen Verrat an den Interessen des arbeitenden Volkes. (Behäufiger Beifall links.) Jernidee hat sich dagegen verwahrt, daß der Vorstand die Arbeitergemeinschaft bereits abgeschlossen habe. Tatsächlich war er aber mit dem Abschluß der Arbeitergemeinschaft bereits soweit fertig, daß er Deutschland in neue Bezirke einteilen wollte, nach den Vorschlägen der Unternehmer. (Reichl: Und nach unseren Bedürfnissen.) Zu diesem Zweck wurde zum 29. Dezember eine Sitzung des erweiterten Beirats nach Berlin einberufen. Es ist doch kein Geheimnis, daß Adolf Cohen seit Monaten in der Arbeitergemeinschaft sitzt als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes. (Widerpruch. Jernidee: Wir haben ihn nicht hineingeschickt.)

Auch die heutige Wirtschaftspolitik der Regierung beruht auf dem Gedanken der Arbeitergemeinschaft und wird von denselben Personen gemacht. Die geforderten Wirtschaftsräte sind nichts anderes, als die gefühlige Finanzierung der Arbeitergemeinschaft und das kommende Gesetz über Betriebsräte bringt uns die in den Satzungen der Arbeitergemeinschaft vorgesehene Arbeiter- und Angestelltenausschüsse. Wer dieses Gesetz kennt, weiß, daß die Betriebsräte zu Verbänden der Unternehmer gemacht werden sollen. (Widerpruch und Rufen rechts.) Das ergibt sich schon aus der Einleitung zu diesem Gesetz, wie es in der Kommission beschlossen worden ist. Auf Betreiben der Demokraten Erlesenz und Konforten ist auch unser Bestreben, die Arbeiter und Angestellten in gemeinsame Ausschüsse zusammenzubringen, vereitelt worden. Selbst Alexander Schilde konnte dagegen nicht aufkommen. Daraus ergibt sich, daß Sozialisten in einer Koalitionsregierung mit Bürgerlichen immer zu Befanonen der bürgerlichen Gesellschaft werden. Wie der Wirtschaftspolitik der Regierung will man die Klassenkämpfe unterdrücken, ohne die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit beseitigt zu haben. Die Arbeiterklasse wird dadurch dem Kapitalismus ausgeliefert. Unsere Organisation muß neben den Arbeitergemeinschaften auch die Wirtschaftspolitik der Regierung bekämpfen. Wenn der Reichskanzler Bauer in der Nationalversammlung sagt, durch die Wirtschaftsräte und die Arbeitergemeinschaft sei die Idee des Kapitalismus beseitigt, in Zukunft würden die Arbeiter Hausbesitzerrechte im Betriebe erhalten,

das Streikrecht dürfe nicht angetastet, aber durch Einführung obli-

gatowischer Schiedsgerichte müßten Streiks unterbunden werden, so

ist das Brutalität und Heuchelei in einem. (Sehr richtig links.)

Der Vorstand war nicht berechtigt, die Arbeitsgemeinschaften

in diesem Umfang mit den Unternehmern abzuschließen. Er mußte

wissen, daß dadurch eine Verletzung der sozialistischen Grundzüge

herbeigeführt wird. Er durfte wohl in gewissen Grenzen mit den

Unternehmern paktieren, aber er durfte dieses Paktieren nicht zum

Selbstzweck machen, wie es jetzt durch die Arbeitsgemeinschaften

geschieht. Die ganze Politik des Vorstandes wie auch die Politik

Werk der Befreiung der Arbeiter aus wirtschaftlicher und geistiger

Arbeitsgemeinschaft gemeinsam zu leiten imstande sein werden.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der

Nachmittags Sitzung

beantragt der Ausschussvorsitzende Weiskopf, daß Schäfer (Leipzig)

von der Beratung über die Beschwerdefälle zurücktreten möge, an

denen er selbst als Mitglied der Leipziger Ortsverwaltung inter-

essiert sei.

Schäfer (Leipzig) widerspricht dieser Auffassung und betont,

daß es sich nicht um eine Beschwerde der Ortsverwaltung Leipzig,

sondern des Kollegen Lieberich handelt.

Lieber (Tresden) und Haas (Köln) legen Schäfer gleichfalls

nahe, in diesem Beschwerdefalle zurückzutreten, die Mehrheit der Ge-

neralversammlung beschließt aber, daß Schäfer bei der Angelegenheit

mitwirken kann.

Darauf wird die Aussprache über den Punkt „Arbeitsgemein-

schaften und die künftigen Aufgaben der Organisation“ eröffnet.

Haas und Genossen beantragen dazu folgende

Erklärung:

Die Revolution hat der deutschen Arbeiterklasse die politische

Freiheit gebracht. Die wirtschaftliche Freiheit muß sie noch er-

kämpfen.

Die wirtschaftliche Befreiung kann nur durch den Sozialismus

erfolgen und nur das Ergebnis der natürlichen Entwicklung sein.

Diese Entwicklung müssen wir mit allen Kräften fördern.

Die Übergangszeit von der privatkapitalistischen zur sozial-

istischen Wirtschaftsweise bedingt den weiteren Gebrauch unserer

bewährten Kampfmittel.

Zur Sicherung gewerkschaftlicher Erfolge erstreben wir bis-

her kollektive Arbeitsverträge. Diese können wir jetzt noch nicht

entbehren. Als logische Folge der kollektiven Arbeitsverträge ent-

standen die Arbeitsgemeinschaften. Diese bedeuten eine Er-

weiterung des Einflusses der Gewerkschaften. Durch die Arbeits-

gemeinschaften gehen wir den Klassenkampf ebenso wenig preis, wie

durch die Kollektivverträge. Ihre Ablehnung bedeutet für die

Arbeiterklasse die Verabingung einer Möglichkeit zur Verbesserung

ihrer Lage. Die wirtschaftlichen Kämpfe sind Klassenkämpfe. Die

neue Zeit erfordert neue Formen und neue Mittel des

Kampfes. Eines dieser Mittel ist das wirtschaftliche Kä-

teilsystem. Sein Zweck kann jedoch ohne Einordnung in den

Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation nicht erfüllt werden.

Da der Klassenkampf zugleich ein politischer Kampf ist, sind

die Gewerkschafter verpflichtet, sich politisch in sozialistischem

Sinne zu betätigen.

Sollen aber die Gewerkschaften ihre höchste Wirksamkeit ent-

falten, müssen sie frei bleiben von politischen Streitigkeiten.

Wie müssen alle mit Wasser Löcher und der neue Vorstand wird

trotz aller Beschlüsse in der Richtung der Arbeitsgemeinschaft arbeiten

müssen. Den Metallarbeitern in Rheinland-Westfalen kommt es

weniger auf den revolutionären Geist, als auf die Verbesserung ihrer

petunären Lage an. Wenn wir die Arbeitsgemeinschaft aufheben,

wird es uns unmöglich, Verbesserungen für die Arbeiter zu erzielen.

(Sehr richtig!)

Böcker (Berlin) als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft: Ich

gähle nicht zu den Vätern der Arbeitsgemeinschaft und leider auch

nicht zu ihren führenden Männern, aber ich habe seit Monaten einen

besseren Einblick in ihre Verhältnisse. Es handelt sich um die Ar-

beitsgemeinschaft industrieller und gewerblicher Arbeitgeber und

Arbeitnehmer, nicht um eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital

und Arbeit, wie es in der Resolution Müller heißt. Wir sollten

uns vor der irigen Annahme hüten, als läge der Kapitalismus am

Boden. Er steht immer noch fest auf beiden Füßen. In den ersten

Tagen des November war ihm freilich nicht gehener zu Mute, aber

als der linke Flügel des Millionenheeres der Arbeiter umschwenkte

und seinen Stoß statt gegen den Kapitalismus gegen das Zentrum

und den rechten Flügel der amarrschenden Front des Proletariats

richtete, in dem Augenblick konnte sich der Kapitalismus gratulieren

zu dem, was ihm gegen all seine Hoffnung völlig unerwartet in der

Schopfiel. Wenn man sich mit den Unternehmern zu einer Arbeits-

gemeinschaft zusammenfindet, so bedeutet das keine Interessengemein-

schaft. Die Arbeit eines Syndikus der Schreyerindustrie, wie Dr. Reichert,

konnte natürlich nicht objektiv gehalten sein. Die Bornheimheit und

Weitergabe, der Mut und das Selbstvertrauen, mit dem die Ver-

breitung dieser Broschüre von den Arbeitnehmervertretern zugelassen

wurde, wünsche ich auch der Generalversammlung bei ihrer Beschlus-

fassung über die Arbeitsgemeinschaft. (Beifall bei der Mehrheit.)

Dixmann (Frankfurt): Die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft

bedeutet keinen Bruch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Auch

der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat die Arbeitsgemeinschaft

abgelehnt, aber erklärt, gegen tarifliche Vereinbarungen sei nichts

einzuwenden. Auf diesem Standpunkt stehen auch wir. Die Ar-

beitsgemeinschaft will aber weit mehr, sie will die sozialpolitischen

Fragen lösen. Wir aber lehnen es als Sozialdemokraten ab, solche

Fragen gemeinsam mit den Unternehmern zu lösen. Glaubt denn

einer von euch, daß die Kapitalmagagnaten mit euch in der Arbeits-

gemeinschaft zusammenarbeiten wollen, um den Übergang zum Sozialis-

mus zu erleichtern? (Zuruf: Das hat niemand behauptet!) Ich

bitte euch, mit uns auf den Boden des Käufers zu treten und

aus eigener Kraft auf dem Boden der Klassenbewußten Organisation

die Kenntnisse zu sammeln, die notwendig sind, ebenso wie der revo-

lutionäre Wille zur Tat, um den Sozialismus durchzuführen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Das Schlusswort erhält zunächst der Korreferent

Müller (Berlin): Gegen meine grundsätzlichen Ausführungen

„Die Novemberrevolution hat der deutschen Arbeiterchaft die

Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht gebracht. Seit Aus-

bruch der Revolution versucht die kapitalistische Gesellschaft durch

kräftigen Zusammenschluß ihrer Kräfte und deren rüchichtslose Ein-

setzung in wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, ferner durch

Dienbarmachung der politischen und militärischen Gewaltmittel

die Arbeiterchaft zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzu-

drücken. Die kapitalistische Gesellschaft, geschwächt durch den in

ihren Schöße geborenen Weltkrieg, erhofft von diesem Vorgehen

die Wiederaufrichtung und dauernde Sicherung ihrer Herrschaft

und die Verhinderung des von der Arbeiterchaft verlangten

sozialistischen Gemeinwesens. Dieses Bestreben der kapitalistischen

Gesellschaft hat die von jeder bestehenden Klassengegenätze und

die dadurch bedingten Klassenkämpfe ins Unerhörte gesteigert und

sie mehr und mehr zu reinen Machtkämpfen zwischen Arbeit und

Kapital auszuwachen lassen.

Diese Klassengegenätze und Klassenkämpfe durch Schaffung

von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeit und Kapital zu über-

brücken, ist ein Versuch, der nur Verwirrung in die Reihen der

Arbeiter trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß.

Die Arbeiterchaft, durch ihre elende wirtschaftliche Lage zu

immer neuen Forderungen und Kämpfen gezwungen, kann sich

nicht mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen

innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates begnügen, sondern ist

gezwungen, den Kampf um die Produktionsmittel, den Kampf zur

Müller (Breslau): Die Mehrheit dieser Generalversammlung

stützt sich auf 10 Großstädte. Wir aus der Provinz vertreten aber

55 Verwaltungskreise. In Wirklichkeit ist also die Mehrheit der

Berwaltungskreise nicht derselben Meinung wie die Mehrheit der

Generalversammlung. In der Provinz ist man der Auffassung, daß

unter allen Umständen an der bewährten Tarifpolitik der Gewer-

schaften festgehalten werden muß. Auch das Hilfsdienstgesetz hat uns

große Dienste geleistet, indem wir mit seiner Hilfe an die Massen

der Arbeiter herantommen konnten. (Sehr richtig!) In Oberschlesien

hätten wir ohne Tarifpolitik und ohne Arbeitsgemeinschaften nicht

das große Gebiet für unseren Verband erobern können. Wir müssen

zunächst die in der Provinz noch vorhandenen schlechten Löhne auf-

bessern. Die Massen draußen wollen den Streit nicht, nur die

Führer sind uneinig. Die U. S. P. ist eine schlechende Krankheit,

die den Volkskörper zerfrisst. (Unruhe bei der Mehrheit.) Wenn

wir sie uns nicht verstehen, kommt es auch bei uns zur Spaltung, wie

in der Partei. Die meisten übrigen großen Gewerkschaften haben

sich für die Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen, sie sind also auch

ohne unseren Willen durchgeführt werden. Mit dem von Müller

vorgeschlagenen Wege können wir nichts erreichen, ich bitte Sie, im

Interesse der Provinzorte der Arbeitsgemeinschaft zuzustimmen.

Müller (Bremen): Ich bezweifle, daß die Gewerkschaften in

der Lage sind, revolutionäre Kämpfe zu führen. Ich glaube auch

nicht, daß durch einen einfachen Personenaustausch eine wesentliche

Änderung der Kampfesform innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes

Jerincke (Stuttgari): Müller hat erklärt, daß er von der Ver-

liner Resolution, als deren Verfasser er sich hier bekannt hat, kein

Wort zurücknimmt, ja er hat ausdrücklich unterstrichen, daß der Vor-

stand als Verräter bezeichnet werden muß. Die deutsche Sprache

gibt mir kein Wort, um diese von Müller ausgesprochene Unver-

schämtheit zu charakterisieren. (Chorus bei der Mehrheit. — Vor-

sitzender Reichel bittet, man möge sich auf beiden Seiten in der Aus-

drucksweise möglichst der Schärfe enthalten.) Müller sagt, die

Gewerkschaften müßten zu politischen Instrumenten umgewandelt

werden. Dann werden wir lange warten können, bis wir eine alle

Gand- und Kopparbeiter umfassende Industriearbeiterorganisation

schaffen können, wie sie Müller plant. Die politische Neutralität hat

die freien Gewerkschaften erst zu ihrer Größe gebracht. Bei den

wirtschaftlichen Interessen ist die Solidarität, nicht die politische

Überzeugung das Band, das alle in einer bestimmten Industrie be-

schäftigten Arbeiter miteinander verbindet. Wir müssen uns hüten,

nach dem Rezept des Kollegen Müller unsere gewerkschaftlichen

Organisationen auszubauen. (Sehr richtig!) Wenn ich eine Klassen-

kampforganisation nach einer bestimmten Richtung bilden will, dann

werde ich das andere Ziel, die Organisation zu einem Nachfaktor

zu machen, nie oder nur sehr schwer erreichen, denn auch in der

deutschen Arbeiterchaft sind verschiedene politische Richtungen vor-

handen. Müller will auch die Kopparbeiter mit dieser Organisation

umfassen, wir haben aber gesehen, daß der Zug der Kopparbeiter

nicht zu uns, sondern nach der anderen Seite geht. Zu einer Ver-

Rundschau

Bekanntmachungen des Reichsarbeitsministeriums.

Der zwischen dem Fabrikantenverein für Geyer und Umgebung (G. V.), dem Gewerksverein deutscher Metallarbeiter (G. D.)...

Vom Ausland

Schweden.

Seit einigen Monaten herrschen in Schweden eine Anzahl von Differenzen und Streiks in der Metallindustrie.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

- Mittwoch, 5. November: D. Greve, 8 Uhr. Samstag, 8. November: Rahl. Müller, Sackstraße, 8 Uhr.

Angestellte gesucht.

Dortmund. 2 weitere Angestellte für Agitation u. Verwaltung. 5 jähr. Verbandzugehörig.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Neufahrn a. D. Das Bureau befindet sich Bahnhofsstr. 16, par. I. Stg.

Gestorben.

Mugsburg. Philipp Reil, Maschinenarbeiter, 33 Jahre, Lungenerkrankung.

Sonstige Anzeigen

Geldstellen betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Nach Holland

werden gesucht für kleine Einrichtung zwei tücht. Matrizen- und Werkzeugmacher

unverheiratet, speziell für Massenfabrication in der Metallindustrie. Briefe unter Nr. 2731 an die Annoncenexp. Jac. Duitz, Dordrecht (Holland).

Metallbrüder

auf Aluminiumschmelzwerke bei hohem Lohn und Arbeit sofort gesucht. Günstige Lebensverhältnisse.

Vorarbeiter

für Kleinmaschinenbau mit modernem Arbeitsweisen vertraut, nach Erfolge zum baldigen Eintritt gesucht.

1 Selbstgelehrter als Vorarbeiter

der Erfahrung in der Metallgießerei besitzt und durchaus selbstständig arbeiten kann, per sofort ferner 1 Galvaniseur (Gold u. Silber f. Tafelgeräte).

Metallbrüder, Kupferschmied, Metallschleifer, Zinngießer.

Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften an den Verlagsbesitzer der Metallarbeiter-Zeitung, Erlangen a. R. Marienstr. 3.

fürhungen überträgt. Die Vorsitzenden Brandes und Reichel ermahnen beide Parteien, die Würde der Generalversammlung besser zu wahren.

Dismann beantragt, die Aufhebung des Belagerungszustandes für das ganze Reich zu veranlassen. Marx (Dresden) stimmt ihm zu, verlangt aber, daß dann auch von der anderen Seite die Meinungsfreiheit der politischen Gegner nicht in der Weise bedroht wird, wie es jetzt geschieht.

Die Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter

Das Reichsarbeitsministerium hat einen neuen Vorschlag gemacht. Nach beiderseitigem Einverständnis wurde einem Schiedsgericht die endgültige Regelung der Streitpunkte übertragen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 2. Nov. der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. November 1919 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, für die Mitglieder der Beitragsklasse, Beginn der Beitragszahlung, and Beitragssumme. Rows include Dippoldiswalde, Friedrichroda, Gammersbach, Lambrecht, Troffingen, Trostberg, and Webel-Schulau.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Düsseldorf: Der Herr Wilhelm Gleisner, geb. am 30. Mai 1864 zu Pannheim, Buch-Dr. 2,527 291, wegen Betrugs.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Weimar: Der Schmied Walter Stengel, geb. am 10. November 1895 zu Weimar, Mitgliedschaftsausweis Nr. 1, wegen Streifbruchs.

Anforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Mühlheim a. Ruhr: Der Schlosser Max Glöckner, geb. am 27. Juni 1887 zu Freiburg, Buch-Nr. 2,520 818; Der Buchbinder Wilhelm Heuser, geb. am 13. November 1888 zu ? , Buch-Nr. 2,554 464;

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

- von Handarbeitern und Orthopädiemechanikern nach Düsseldorf (H. A. Lohr) Nr. 1; von Drechern nach Soest (H. A. Kuttner) Nr. 2; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chem. Fabriken) Nr. 3;

Berichte

Mechaniker.

Hamburg. Wegen schwerer Differenzen sind die Arbeiter mehrerer Betriebe in den Streik getreten. Wir waren vor Streikarbeit, die dies anzudeuten anfing.

falsch, daß wir die Grundsätze der Selben übernommen haben. Wiffell steht auf dem Standpunkt, daß seine Planwirtschaft nichts anderes ist als die Arbeitsgemeinschaft. Voraussetzung für einen erfolgreichen politischen Kampf zur Umstellung der Wirtschaft ist aber eine möglichst große Zahl gleichgerichteter politischer Freunde.

Hierauf wird zur Erledigung der Anträge geschritten. Debatte über die Anträge 5 und 7 dem Vorstand überwiesen und der Antrag 6 (Kortmund), der Erholungsurlaub für alle Arbeiter und Arbeiterinnen fordert, einstimmig angenommen.

Ein Antrag 13, der die Befreiung der Frauenarbeit in der Schwermetallindustrie fordert, wird einstimmig angenommen. Die Anträge, die eine größere Förderung der Jugendbewegung, vor allem die Herausgabe einer besonderen Jugendzeitung verlangen, werden dem Vorstand überwiesen, nachdem Reichel erklärt hat, daß die Verbandsleitung ihnen in größtem Umfang Rechnung tragen wolle.

Ein Antrag 25 (Braunschweig), der die Haltung des Verbandsorgans kritisiert, wird nach kurzer Debatte dadurch erledigt, daß die darin enthaltenen Wünsche zur Kenntnis genommen werden. Anträge auf Einberufung von Berufskonferenzen der Holzleger, Elektromonteur, der Schraubenbranche und der Gold- und Silberarbeiter werden dem Vorstand und erweiterten Beirat überwiesen.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Die Generalversammlung vermißt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.